

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenhofstr. 6 und Neue Fährtenstr. 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichert, Waidplatzstr. 140, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,40 Rmk. monatlich 2,35 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn + 1,70 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 3,00 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dresden 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Rebaktion Ring 3141
Postfach-Ronto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Zeit 20 Pf. Stellenangebote 14 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 4 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Keine falschen „Einheitsfronten“!

Der Beschluß des französischen Parteitags gegen Bindung an Kommunisten oder an bürgerliche Linke.

Paris, 21. April. (Eigener Funterbericht.)

Der Sozialistische Kongress ist am Mittwoch in später Abendstunde beendet worden. Er nahm mit 2372 Stimmen die Entschließung Blum-Faure an. Die Resolution Bracke erhielt 774 Stimmen und die Resolution Maurin 185.

Die Resolution Blum-Faure betont eingangs, daß es sich nicht darum handle, die Lehren der Sozialistischen Partei zu revidieren, die täglich ihre erneute Bestätigung in den Ereignissen erfahren, noch die allgemeinen Regeln des sozialistischen Parteikampfes zu ändern. Es gehe einzig und allein darum, die durch die Nachkriegszeit verschärften Probleme und Zusammenhänge der Sozialistischen Partei mit den Nachbarparteien endgültig zu klären und zu definieren. Was die Radikalsozialistische Partei anlangt, so bestehe kein Zweifel, daß sie im Prinzip und in ihrer Zusammenfassung der Erhaltung des gegenwärtigen sozialen Regimes diene und dieser Aufgabe treu bleiben wolle. Sie verfolge die Illusion, daß man den gegenwärtigen Gesellschaftszustand ohne energisches Eingreifen in die sozialen Zusammenhänge umändern könne. Die ganze Geschichte der Partei seit 1919 habe dies bewiesen. Nach zahlreichen Kapitulationen vor der Reaktion seien die radikalen Führer endgültig mit fliegenden Fahnen in das Lager derjenigen übergegangen, gegen welche sie in den Wahlen vom 11. Mai aufgetreten sind. Die Tatsache des Klassenkampfes und das ständige Wachsen der Ueberlegenheit des Kapitalismus und die Sicherheit, daß es sich nicht darum handeln kann, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung den Doktrinen anzupassen, sondern ihr Prinzip zu verteidigen, all dies genüge, um der Sozialistischen Partei ständig ins Gedächtnis zu rufen, daß zwischen ihr und der Radikalsozialistischen Partei eine grundlegende Meinungsverschiedenheit bestehe. Ohne Zweifel, so fährt die Resolution fort, könnten aber Augenblicke eintreten, wo mit der Radikalsozialistischen Partei im parlamentarischen Geschehen eine parallele Aktion verfolgt werden könne. Die Sozialistische Partei habe nicht das Recht, sich unter solchen Umständen der Vorteile zu vergeben, die darin für den Fortschritt der sozialistischen Ideen entstehen können. Aber sie dürfen nicht vergessen, daß es sich nur um eine absolut vorübergehende Zusammenarbeit handeln könne, um eine neue Waffe im Klassenkampf und um eine Episode auf dem Marsche des Proletariats zum Umsturz des Regimes.

Auch der Kommunistischen Partei gegenüber beständen grundlegende Meinungsverschiedenheiten, die eine Zusammenarbeit mit ihr absolut ausschließen. Wenn auch in ihren Zielen die Sozialistische und die Kommunistische Partei insofern das Gleiche verfolgten, als sie beide die gegenwärtige Gesellschaftsordnung zerstören wollten, so gingen doch ihre Ansichten über die Methoden, zu dieser Zerstörung zu gelangen, grundlegend auseinander. Nach Ansicht der Sozialistischen Partei könne eine soziale Revolution nur vorgenommen werden, wenn die wirtschaftlichen und moralischen Bedingungen für eine solche erfüllt seien. Unter diesen Bedingungen werde die Partei nicht aufhören, das Proletariat vor den Zutrümmern der kommunistischen Propaganda und Aktion zu warnen. Sie werde zwar nicht zu den traurigen Methoden der Kommunisten greifen, aber sie werde sich jedenfalls vor jeder organisatorischen Zusammenarbeit mit dem Kommunismus hüten. So werde die Sozialistische Partei ebenso den Kommunisten wie den Radikalsozialisten gegenüber nur den geraden Weg verfolgen, der von den Prinzipien der Partei zur völligen Unabhängigkeit ihrer Aktion führen wird.

Der 24. Sozialistische Nationalkongress erkläre daher, daß die Sozialistische Partei ihre Aktion mit derjenigen keiner anderen politischen Gruppe verknüpfen dürfen und daß sie umso mehr diese große Aufgabe erfüllen werde, je eifriger sie versuche, ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Die Frage, ob Paul Boncour Delegierter beim Völkerverband bleiben könne, ist vom Kongress dem Parteiausschuß zur Entscheidung überwiesen worden.

Der russische Botschafter in Berlin, Krestinski, ist zur Berichterstattung über seine Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts mit der Schweiz nach Moskau abgereist. Von seinem Bericht dürfte die künftige Haltung der Sowjetregierung gegenüber dem Völkerverband mit abhängen.

Die amerikanische Anleihe an Polen perfekt?

Warschau, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die amerikanische Anleihe für Polen in Höhe von 70 Millionen Dollars endgültig beschlossen sein soll. In den prinzipiellen Fragen sei zwischen Polen und den amerikanischen Gebern bereits vollkommene Uebereinstimmung erzielt worden, während die technische Seite der Verhandlungen noch Gegenstand von Beratungen in Paris sein wird.

Der Schulstreik des Völkerverbandes für Oberschlesien.

Genf, 20. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Schulinspektor des Kantons Luzern, Maurer, hat die Ernennung zum Sachverständigen für die Regelung ober-schlesischer Schulfragen als Berater des Präsidenten der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Calander, angenommen. Die Schaffung des neuen Postens war kürzlich vom Völkerverband beschlossen worden.

Der ober-schlesische Schulstreik war dadurch entstanden, daß eine Anzahl deutscher Kinder von den polnischen Behörden zu Minderheitsschulen nicht zugelassen wurde. Die polnische Schule wollten sie nicht besuchen. Noch immer befinden sich deswegen in Ostoberschlesien etwa zweitausend Kinder im Schulstreik. Es hat lange gedauert, bis endlich die Genfer Beschlüsse von den polnischen Behörden durchgeführt wurden. Der Erlaß von Strafbefehlen ist jetzt eingeleitet worden, die schwebenden Strafsachen sollen niedergeschlagen werden. Allerdings sollen die bereits verhängten, teilweise recht empfindlichen Strafen nicht wieder aufgehoben werden. Die noch im Schulstreik befindlichen Kinder sollen den Minderheitsschulen zugeführt werden, d. h. also, die der deutschen Minderheit angehörigen Eltern haben trotz aller Anfeindungen ihr Ziel durchgesetzt.

Die Einschulung der Kinder will der ober-schlesische Wojwode „baldmöglichst“ vornehmen, offenbar, um noch eine letzte Gelegenheit bis zum Inkrafttreten der Genfer Kompromißbeschlüsse zwischen Stresemann und Jakszi zu erlangen. Daß er sich ihnen fügen muß, sieht er offenbar ein.

„Zweckentsprechende Kopfmassage“.

Die geistigen Waffen der Deutsch-Polnischen. In der völkischen „Bewegung“, Richtung Hitler, spielt ein gewisser Goebbels eine Rolle. Man sagt ihm nach, daß er einer der Hauptmacher der neuen „Ära“ sei, die kürzlich in Berlin an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche so glorreich durch die brutalen Ueberfälle auf harmlose Passanten, darunter sogar Frauen, befördert wurde. Dieser Goebbels hat an diejenigen seiner Gefolgsmänner, die Versammlungen zu leiten haben, die folgende gedruckte Anweisung ergehen lassen:

„Du eröffnest die Versammlung mit kurzen Begrüßungsworten. Jetzt folgt ein kritischer Moment: der rote Bönze erhebt sich gewichtig und fordert das Wort zur Geschäftsordnung. Zuerst wirst du sagen, das kennen wir nicht. Auf sein unablässiges Drängen gibst du dann schließlich nach. Nun wirst du während des ganzen Vortrages keine Ruhe bekommen. Jedermann weiß ja, daß du ein Zämmerling bist und nicht darfst, konsequent durchzubringen. Deshalb lautet dieser Dialog so und nicht anders: Der Bönze: „Zur Geschäftsordnung!“ Du: „Da ist einer irrsinnig geworden! Herr Zeitgenosse, Sie scheinen nicht zu wissen, daß Sie sich in einer nationalsozialistischen Versammlung befinden. Sollten Sie noch einmal wagen, den ruhigen und sachlichen Verlauf der Versammlung zu stören, so kann ich nicht dafür garantieren, ob Sie nicht durch eine zweckentsprechende Kopfmassage wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gesellschaft gemacht werden!“ Kann er sich dann noch nicht beruhigen, dann verzeihe es der S.A., daß sie ihn von Hand zur Hand zur Treppe hinunterkomplimentiert. Du bist ein rechter Schäfer, wenn du nach Verlauf dieser erstehenden Prozedur die Versammlung fragst: „Wünscht noch jemand das Wort zur Geschäftsordnung?“

Soll man gegen solche Burschen dieselben Mittel anwenden, die sie hier predigen? Uns erscheint das auch keine geeignete Strafe. Am meisten fürchten sie ja doch offenbar geistige Waffen, die sie darum aus dem politischen Kampfe ausschalten wollen. So soll man in unseren Versammlungen nur diese auch weiter gegen sie anwenden. Der Zerfall der völkischen Bewegung zeigt, daß das wirkt. Ihre eigenen Veranstaltungen sind ja längst bedeutungslos und beschäftigen sich nur noch mit der inneren Zerkleinerung ihrer Bewegung, in der „Völkische“ gegen „Nationalsozialisten“ wüten, Wulleute gegen Hitlerleute — was die wild gewordenen Spießer weiter unter sich tun mögen ...

Eine Monarchisten-Zentrale in Moskau entdeckt. Die sowjetische Telegraphen-Agentur meldet, daß die Kriminalpolizei in Moskau eine monarchistische Gruppe aufgedeckt und ausgeschaltet hat, die sich „Anhänger des ehemaligen Großfürsten Nikolajewitsch“ nannte. Aus dem beschlagnahmten Material ist angehtlich ersichtlich, daß die verhafteten Personen Militärspionage zugunsten einiger der tätigen ausländischen Spionagedienste leisteten.

Steuerrecht.

Von Dr. Paul Herz, W. d. R.

Die vom Reichsfinanzministerium am Dienstag veröffentlichte Uebersicht über die Steuereinnahmen des Reiches für das Etatsjahr 1926/27 bestätigt, was bereits im Laufe des Steuerjahres sichtbar gewesen ist, daß die Gesamteinnahmen des Reiches im Etatsjahr 1926 höher sind als im Etatsjahr 1925, und daß sie auch den Voranschlag für das Jahr 1926 wesentlich übertreffen. Im Jahre 1925 erzielte das Reich die Gesamteinnahme von 6856 Millionen. Der Voranschlag bezifferte die Einnahmen für das Rechnungsjahr 1926 auf 6685 Millionen. Die wirkliche Gesamteinnahme im Jahre 1926 aber betrug 7173 Millionen. Sie übertraf also den Voranschlag um 489 Millionen.

So erfreulich diese günstige Entwicklung der Reichsfinanzen an und für sich auch ist, so unerfreulich ist die Ursache, auf der diese starke Steigerung der Reichseinnahmen beruht. Sieht man nämlich von den Verschönerungen im einzelnen ab, so ist die Hauptursache der Mehreinnahmen die Steigerung des Ertrages der Zölle und Verbrauchssteuern um fast eine halbe Milliarde. Die Zölle allein weisen eine Mehreinnahme von 360 Millionen auf. Die Mehreinnahme ist also ebenso hoch, wie der ganze Ertrag der Zölle im Rechnungsjahr 1924 war, bevor der neue Zolltarif in Kraft getreten ist. Diese angeblich rein wirtschaftspolitische Maßnahme hat also in stärkstem Umfang finanzielle Bedeutung gewonnen und ist sicherlich eine der Ursachen, weshalb der Reichshof an seiner Hochschulzollpolitik festhält und sie gar noch auszudehnen sucht.

Aber auch die Veränderungen bei den einzelnen Steuern sind von erheblicher Bedeutung. Betrachten wir zunächst die Besitzsteuern. Der Gesamttrag der Einkommensteuer einschließlich der Lohnsteuer erreichte eine Höhe von 2153 Millionen und überschritt somit den Voranschlag um 53 Millionen. Noch stärker stieg die Körperschaftsteuer. Sie erbrachte 382 Millionen, also gegenüber dem Voranschlag von 250 Millionen ein Mehr von 132 Millionen. Sowohl die Einnahmen aus der Einkommen- als auch aus der Körperschaftsteuer beruhen auf dem durch eine genaue Veranlagung festgestellten Reinertrag der Steuerpflichtigen. Die steigenden Steuereinnahmen lassen also die in der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung erkennbare Tendenz zur Wiederherstellung der Rentabilität der Unternehmungen deutlich erkennen. Bezeichnend ist man außerdem, daß die Landwirtschaft an diesen hohen Steuererträgen höchstens mit einer Summe von 100 Millionen beteiligt ist, dann gewinnt man eine klare Vorstellung davon, in welchem Maße bereits im Wirtschaftsjahre 1925 der Reinertrag der deutschen Unternehmungen gestiegen ist. Die Börsenumsatzsteuer, die mit 50 Millionen veranschlagt war, hat fast 83 Millionen erbracht, also 33 Millionen mehr. Dieses Ergebnis ist erzielt worden, obwohl die Börsenumsatzsteuer im April 1926 auf die Hälfte gesenkt wurde. Auch die Kraftfahrzeugesteuer weist einen Mehrertrag von 35 Millionen auf. Dagegen ist bei der Umsatzsteuer der Ertrag um 110 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben. Am allerungünstigsten aber ist die Entwicklung bei den eigentlichen Besitzsteuern, nämlich der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer. Die Vermögenssteuer hat 359 Millionen erbracht, statt der erwarteten 400 Millionen, die Erbschaftsteuer erbrachte nur 34 Millionen statt 60 Millionen. Die Erbschaftsteuer ist also nach wie vor ohne größere finanzpolitische Bedeutung, obwohl sie eine der wesentlichsten Besitzsteuern des Reiches sein könnte und sein mußte.

Betrachtet man die Massensteuern im einzelnen, so fällt vor allen Dingen der hohe Ertrag der Lohnsteuer auf. Obwohl im Jahre 1926 Millionen Arbeitskräfte ohne Verdienst waren, hat die Lohnsteuer 1095 Millionen erbracht, also nur 105 Millionen weniger, als erwartet wurde. Alle übrigen Massensteuern aber weisen Mehrerträge auf. Die Tabaksteuer zum Beispiel brachte mit 712 Millionen ein Mehr von 57 Millionen, die Zucksteuer mit 285 Millionen ein Mehr von 20 Millionen, die Biersteuer mit 240 Millionen ein Mehr von 5 Millionen. Selbst das Branntweinmonopol hat seinen Ueber-schuß auf 227 Millionen steigern können, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von 55 Millionen darstellt.

Trotzdem die Besitzsteuern gegenüber dem Rechnungsjahr 1925 ihren Ertrag von 1870 Millionen auf 2440 Millionen gesteigert haben, bleibt die Verteilung der gesamten Steuerlast denkbar unsozial. Denn ebenso stark wie die Besitzsteuern stiegen die Massensteuern. Die Zölle und Verbrauchssteuern brachten allein mit 2461 Millionen einen größeren Ertrag als alle Besitzsteuern zusammen, die nur 2440 Millionen erzielten. Alle Massensteuern zusammen, nämlich Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Besforderungssteuer, sowie Zölle und Verbrauchssteuern, weisen mit 4782 Millionen einen doppelt so hohen Ertrag auf als die Besitzsteuern. Die in den letzten Jahren vorgenommene Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2% Prozent auf 4 Prozent hat also den Massen keine steuerliche Entlastung gebracht. Der Rückgang der Umsatzsteuer ist durch ein wesentliches Steigen der Zölle und der übrigen Ver-

Brauhöfen mehr als ausgeglichen worden. Alle Steuer-
senkungen der letzten Jahre, mit Ausnahme der Senkung der
Vollsteuer, haben also nur zu einer Entlastung der trag-
fähigen Kräfte des Volkes geführt, nicht aber zu einer Ent-
lastung seiner schonungsbedürftigen Gruppen.

Von den Mehreinnahmen in Höhe von 480 Mil-
lionen fließen 275 Millionen an Länder und Gemeinden.
Das Reich behält nur 214 Millionen, von denen
es 200 Millionen bereits in den Etat für das Jahr 1927
eingesetzt hat. Da außerdem die Voranschläge für 1927 so
hoch festgesetzt wurden, daß Mehreinnahmen kaum zu erwarten
sind, so zeigt auch die Einnahmeübersicht für 1926, daß
die Finanzlage des Reiches sich dauernd
weiter zuspitzt, und daß mit Ueberschüssen, wie in den
vergangenen Jahren, künftig nicht mehr gerechnet werden
kann. Daß trotzdem der Rechtsblock beim Finanzausgleich
Reichsmittel zur Verfügung gestellt hat, um Sonder-
geschenke an Bayern zu machen und die Realsteuern in
Ländern und Gemeinden zwangsweise zu senken, beweist, daß
er die unerträglich hohe Massenbelastung im Reich nicht
nur aufrechterhalten, sondern sogar noch verschärfen will.
Im Besitze der politischen Gewalt, suchen die
bestehenden Kreise die Steuergesetzgebung
stets zu ihrem eigenen Vorteile zu beein-
flussen und das Steuerrecht zu ver-
ewigen.

Aus dem Reiche.

Eingestelltes Landesvertragsverfahren. Der Oberreichsanwalt
hat — wie uns aus Magdeburg gemeldet wird — dem Zweiten
Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Genossen Karl Sillert-
mann, mitgeteilt, daß er das Verfahren gegen ihn wegen
Landesvertrags eingestelltes hat.

Der deutschnationale Reichstagsabg. Fürst Otto von Bismarck,
der bekanntlich in den diplomatischen Dienst eintreten will, hat
nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung“ den oldenburgischen
Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei ersucht, von
seiner nachmaligen Aufstellung als Reichstags-
kandidat Abstand zu nehmen.

Im weiteren Verlauf der Tagung des Bundes deutscher
Bodenreformer sprach Medizinrat Dr. Engelmann Kiel
über „Die Katastrophe der deutschen Familie“. Der Redner zeigte
die Zusammenhänge zwischen Landflucht, Arbeitslosigkeit,
Geburtenrückgang und Zunahme der Ehehebungen. Als nächster
Redner erörterte Gemeindevorstand Bahrke Berlin die Möglich-
keiten, die Bodenreform in den Unterrichtsanstalten der Berufs-
schulen aufzunehmen, um die Schüler zu Staatsbürgern im Sinne der
Bodenreform zu erziehen. Dann sprach der anhaltinische Land-
tagsabgeordnete Baumeyer Leopoldsdorf über die Grund-
wertsteuer in Anhalt und die mit ihr gemachten Erfahrungen.
Grundstücke bis zu einem Wert von 3000 Mark bleiben frei. Die
höchste Belastung ergibt sich bei Besetzungen von über 200 000
Morgen, und zwar eine Steuer von 5 Mark pro Morgen bei
einem Morgenwert von 1000 Mark und 2,50 Mark bei einem
Morgenwert von 500 Mark. Bei Besitz von 10 000 Morgen be-
trägt die Steuer auf den Morgen 1,50 Mark, bei einem Morgen-
wert von 1000 Mark und 0,75 Mark bei einem Morgenwert von
500 Mark. Der Gesamtbeitrag ergibt für Anhalt 3 Millionen
Mark. Die unter großen Kämpfen zustandegekommene Steuer
hat sich bewährt. Geheimrat Professor Dr. C. Mann-Münster
behandelte die Einwendungen gegen das Bodenreformgesetz.
Bodenreformgesetz und Städtebaugesetz bezeichnete er als dring-
liche Staatsnotwendigkeiten. Die Einwendung, daß das Boden-
reformgesetz die Zweidrittelmehrheit erfordere, sei ein Irrtum,
da das Gesetz keine Verfassungsänderung, sondern nur die Aus-
führung von Artikel 153 der Reichsverfassung darstelle. Den
Abbruch der Tagung bildete ein Vortrag von Dr. Adolf
Damaska über „Erbpacht und Bodenreform“ unter be-
sonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Mecklenburg. In
den Vortrag Damaskas schloß sich eine lebhafte Aussprache,
worauf der Bundestag mit einem Hoch auf das deutsche Vater-
land geschlossen wurde.

Konkurs eines Stahlhelm-Sportunternehmens. Im Jahre
1924 erwarb die Leitung des „Stahlhelms“ in Magdeburg ein
ehemaliges Fort zum Preise von 127 000 Mark. Die rechts-
stehende Organisation plante, das erworbenene Gelände zu einer
Sportplatzanlage zu verwenden. Eine Reihe Magdeburger
Firmen war von dem Plan so entzückt, daß sie ohne jede
Sicherung Hypotheken zur Verfügung stellten. Aber bald kam die
Reue. Denn schon im Herbst 1926 war der „Stahlhelm“ nicht
mehr in der Lage, die Zinsen für das aufgenommene Kapital
aufzubringen. Die Grunderwerbsteuer ist ebenfalls nicht bezahlt
worden. Es blieb der Stahlhelm-Sportplatz G. m. b. H. insolge-
dessen nichts anderes übrig, als den Konkurs anzumelden.
Der Erfolg ist, daß die Organisation der Erneuerer Deutschlands
am 20. April ihre Sportplatzanlage meistbietend zur Ver-
steigerung stellt.

Der englisch-italienische Imperialismus in Vorderasien.

Ein gelegentlicher Orient-Mitarbeiter schreibt uns:
Einfüsse Mussolinischer Inspiration, die über
Winston Churchill, den ehrgeizigen Imperialisten im
Baldwin-Kabinett, wirken dürften, sind in der eng-
lischen Orientpolitik zu spüren. Die Idee, die
farbigen Völker über die Mandatspolitik zur Selbstver-
waltung zu führen, ist praktisch völlig aufgegeben. Der
Kurs der englischen Kolonialpolitik bewegt sich im
Augenblick in der Richtung auf die Schaffung eines
Reichsblocks vom Himalaya bis an die Grenzen des
Südafrikanischen Freistaats, der den afrikanischen und
indischen Besitz Großbritanniens durch den Middle East
verbinden soll. Für dieses Ziel wird zurzeit von Eng-
land Aufbau- und Aufräumungsarbeit geleistet, bei der
Italien den hilfsbereiten Handlanger mit der Hand
nach Tringeld ausgestreckt hat. Die neue Imperialpolitik Englands läßt bereits die
Ideologien Mussolinis sichtbar werden, die in der Zer-
trümmerung der islamischen Einheits-
front gipfeln. Der erste Stoß des Angriffs richtet
sich hierbei gegen Ägypten als das Zentrum eines durch
neue geistige Kräfte belebten Islam. Trotz aller gegen-
teiligen Behauptungen wollen die Gerüchte von Vereini-
barungen zwischen Rom und London über das künftige
Schicksal Ägyptens nicht verstummen, daß England
als Entschädigung für die Annexion des Landes an
Italien den westlichen an die Ethenaika grenzenden Teil
Ägyptens an Italien abtreten will. In ähnlicher
Richtung bewegen sich die Pläne der neuen Partner-
schaft in der arabischen Frage. Durch sein Bündnis
mit Italien ist der Herrscher des Jemen, Ibn
Nahia, völlig zum italienischen Vasallen
geworden, ebenso wie Ibn Saud, der zum Luther des
Islam ausgerufenen Sultan der Wahaibiten zum Schild-
halter Englands. Das plötzliche Abflauen des Konflikts
zwischen den beiden mächtigsten Herrschern Arabiens weist
darauf hin, daß die Fäden der arabischen Politik schon
heute im Londoner Foreign Office und in der
römischen Consulta gezogen werden.

Der Mittlere Osten besitzt nicht die
kulturelle Geschlossenheit Indiens und
Chinas. Er ist zerfallen von einer Unzahl von
Cliquen, die persönliche Politik machen und jede Idee
jeden Augenblick an den Meistbietenden verkaufen. Das
Sprachengewirr der Levante, der intellektuelle Tief-
stand der arabischen Massen und die Jahrhunderte alte
Knechtsgewohnheit der Besitzenden machen eine öffent-
liche Meinung unmöglich. Dennoch zeigen sich unter der
Oberfläche Anzeichen dafür, daß der Mittlere Osten
einmal von der Entwicklung der Fernen erfaßt und mit-
gerissen werden wird. Auf die Imperialisten, die zurzeit
in London und Rom am Ruder sind, macht das aber
offenbar keinen Eindruck.

Deshalb werden auch im Mittleren Osten sich die Ge-
fährnisse sehr bald mit politischen Märtyrern
füllen, die Maschinengewehre werden rattern und Flug-
zeuge werden in Wüste und Gebirge mit Erfolg die
Verfolgung flüchtiger Rebellen aufnehmen. Und die
Routine des erfahrensten der europäischen Kolonial-
völker wird mit Hilfe des schneidigen Draufgängerturns
der jüngsten Kolonialmacht so lange Expansions- und
Durchdringungspolitik treiben, bis auch im Mittleren
Osten ein Brandherd entstanden ist, den weder Verhand-
lungen noch Gewalt werden löschen können.

Russisch-afghanischer Freundschaftsvertrag.

Die Bolschewisten erfolgreicher gegen England als der Zar.
Moskau, 21. April. (Zuntbericht.)
Am Mittwoch wurde hier der in Kabul erfolgte Ab-
schluß eines Freundschafts- und Neutralitäts-
vertrages zwischen Rußland und Afghanistan
bekannt gegeben. Der demonstrativen Bekanntheit wegen

türkische und der persische Gebiete in Moskau bel.
In dem Vertrag wird die Souveränität Afghanistans
von Rußland garantiert, während die Zaren-
regierung noch 1907 Afghanistan als englisches
Interessengebiet anerkannt hat. In politischen
Kreisen Moskaus verspricht man sich von dem neuen Vertrag eine
starke Wirkung auf England.

Ins Stammbuch der „Schlesischen Volkszeitung“.

die sich nach der Einschmierung des Zentrums in die Front des
Bürgerblocks täglich gegen die Sozialdemokratie und ihre un-
angenehme Kritik an der Regierung Marx-Hergt wendet, haben
wir noch eine ganze Reihe von kleinen Bemerkungen einzu-
schreiben.

Das Blatt hatte bei der Verteidigung der Staatsmittel
Kürzung für Schießen durch den Bürgerblock so mitteilswürdige
Ausflüchte bringen müssen, wie die Behauptung, der Breslauer
Zentrumsabgeordnete Schulte könne eine ihm von uns vor-
geworfene Äußerung zu den Ostbeihilfen nicht getan haben, weil
er nicht Mitglied eines gewissen Reichstagsausschusses sei. Schulte
hatte diese Ausflüchte, über die seinerzeit genau und
unbestritten berichtet worden war, nämlich in einem anderen
zuständigen Reichstagsausschuß, dem Ostausschuß, gemacht!

Rechnitz suchte sich das Zentrumblatt gegenüber unserem
Hinweis herauszuhelfen, daß sechs christliche Gewerk-
schaften genügt hätten, um den gesetzlich erlaubten Zehn-
kündentag zu verhindern. Die „Volkszeitung“ rechnet
nämlich nach, daß bei der Schlußabstimmung eine Anzahl von
Sozialdemokraten und eine verhältnismäßig noch größere Zahl
von Kommunisten im Plenum gefehlt hätten. Es verliert
aber, daß in dieser Sitzung unmittelbar vor Ferienbeginn die
Anzahl verhältnismäßig immer noch viel stärker besetzt war, als
Rechte und Mitte des Parlaments, daß infolgedessen die Bürger-
blockmehrheit gerade in diesem Fall besonders klein war und
durch eine Zufallsabstimmung, die ja wieder unzulässig gewesen
wäre, praktisch gar nicht geändert werden konnte — eben infolge
des geschlossenen Zusammenstehens der christlichen Arbeiter mit
den Deutschnationalen und volksparteilichen Schwerindustriellen
und Großagrariern.

Daß für die Gestaltung des jetzigen Reichsetats das Zen-
trumblatt in der Not seiner Polemik nach willykommunistischer
Methode die von ihm selbst doch mitbestimmten Dawesgesetze
in einem Maße verantwortlich machen will, das die reaktionären
und durchaus nicht zwangsläufigen Bürgerblockbeschlüsse, die
man eben noch so heftig verteidigte, als verhältnismäßig be-
deutungslos hinstellt, sei nur nebenher erwähnt.

Das schlesische Zentrumblatt führt die Schwäche seiner
Beweisführung wohl selbst. Sonst würde es nicht immer wieder
mit Drohungen auf Kündigung der Preußen-
Koalition schließen. Man braucht nicht diese Drohungen
aber nicht zu nehmen, da gerade das Breslauer Zentrumblatt
auf die Zentrumspolitik in Preußen seit langem offensichtlich
ohne Einfluß ist. Wir verweisen zum Beispiel auf die
größere Schwester unserer Breslauer Gegnerin, die „Köln-
ische Volkszeitung“, der aus parlamentarischen Kreisen
kürzlich (Nr. 282) geschrieben wurde:

„Wir möchten die verschiedenen Kommentatoren, die
immerfort in „Sorge“ um Preußen leben, bitten, sich nicht
den Kopf des preußischen Zentrums zu zer-
brechen. Man denke sich die ruhige Entwicklung in
Preußen fort, und man wird zugeben müssen, daß dann ein
wesentlicher Stabilisierungsfaktor fehlen würde. Man denke
sich die Sozialdemokratie in Preußen in der
Opposition, und man kann sich ungefähr vorstellen, unter
wieviel noch unangenehmeren und härteren Umständen sich etwa
der Kampf um das Arbeitszeitgesetz im Reichstage abspielen
hätte.“

Ob die „Schlesische Volkszeitung“ auf solche Mahnungen
aus der eigenen führenden Presse ihrer Partei hin das „Kopf-
zerbrechen“ um Preußen aufgeben wird? Ob sie sich den Hinweis
darauf einmal überlegt, daß die sozialdemokratische Opposition
und Agitation z. B. in den ober-schlesischen und nieder-schlesischen
Bergbaubezirken das Zentrum noch wehrloser finden
würde, wenn es nicht wenigstens die beschlossenen
Wähler auf seine republikanische Mitarbeit in
Preußen hinweisen könnte? Das rheinische Zentrum-
blatt wird selbst nicht glauben, daß wir Sozialdemokraten wegen
der besseren Haltung der preußischen Zentrumsleute Sünden des
Reichstagszentrums in der Frage der Arbeitszeit, der Mieten-
politik, der Zölle usw. in unserer Agitation vergessen. Aber es ist
klug genug, nach altem katolischen Grundsatz auch weiterhin
einige gute Werte in die Waagschale zu werfen. Wenn die nieder-
schlesischen Zentrumsleute diesen besseren Teil der Zentrums-
politik nur stören, sollen sie sich nicht beklagen, wenn er ihnen
nicht in gleichem Maße zugute geschrieben wird!

Der Tod eines Millionärs.

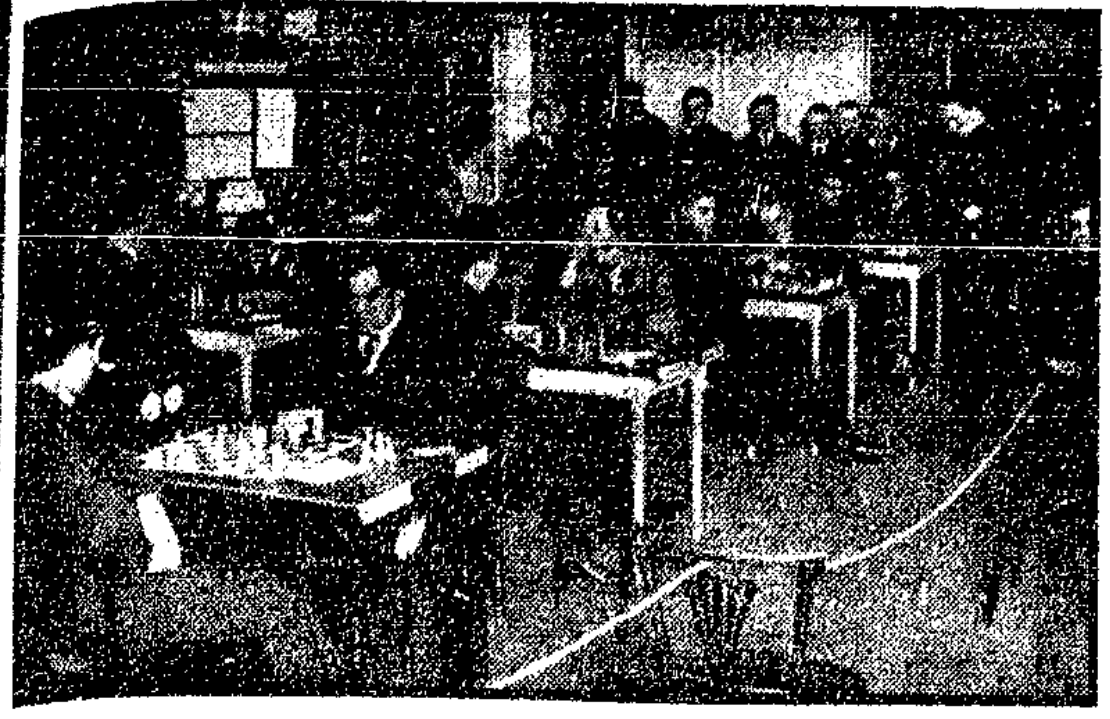
Von G. D. S. Cole und Margarete Cole.

Autorisierte Übersetzung von Mathilde Westheimer.

Er erwog schon, auszugehen oder sein... Onkel nicht zu
empfangen. Andererseits wollte er natürlich wissen, was sein Onkel
von ihm wollte. Unentschieden stand er da, als die Glocke zur
Eingangstür schellte. Da er sich allein in der Wohnung befand,
musste er die Tür selbst öffnen, und vor ihm stand Oberinspektor
Wilson. Arthur starrte ihn ausdruckslos an.
„Darf ich eintreten?“ Ich habe ein paar Worte mit Ihnen
zu reden“, erklärte Wilson, dem klar vor Augen stand, daß er
keinen Augenblick zu verlieren habe, da Lord Galing in wenigen
Minuten nachfolgen konnte. „Ihr Onkel, von dem ich gerade
komme, unterrichtet mich, daß Sie mit Mr. Pasquett
manchmal zu tagen wüßten.“
„Arthur, blinde voll Gefahren auf den Oberinspektor. „Mein
Onkel unterrichtet Sie?“ rief er ungläubig aus, und fügte
flüchtig hinzu: „Nein, ich habe Ihnen durchaus nichts zu sagen.“
„Nichts zu sagen, Mr. Wharton? Aber Ihr Onkel erzählte
mir doch mit Bestimmtheit, daß Sie den Mann, der sich Pasquett
nennt, als Betrüger entlarvt hätten.“
„Lord Galing sollte das gesagt haben? Das ist nicht wahr!“
erklärte Arthur, entschlossen, die Sache seines Freundes gegen alle
Angriffe zu verteidigen, selbst dann, wenn sein Onkel aus un-
ersprechlichen Gründen die Rache aus dem Saal gelassen haben sollte.
„Soll das heißen, daß Sie Lord Galing gegenüber nicht be-
hauptet haben, Pasquett wäre nicht der, der zu sein er vorgibt?“
„Das sagte ich nicht.“
„Aha, was sagten Sie denn Lord Galing, Mr. Wharton?“
„Ich habe ihm keine Mitteilung gemacht — keine, welche
die Polizei angeht“, erklärte Arthur und versuchte, einigermaßen
erfolgreich, während er zu wirken.
„Setzen Sie sich, Mr. Wharton, so geht's nicht. Sie müssen
offen zu mir sein. Ich untersuche hier einen Kriminalfall
und...“
„Ich habe Ihnen absolut nichts zu sagen, das ist mein
letztes Wort.“
Wiederum schellte es. „Einen Augenblick“ entschuldigte sich
Arthur, er muß die Tür öffnen geben. Wilson erriet, wer
draußen stand. Es verdroß ihn, unterbrochen zu werden, aber
gleichzeitig reizte es ihn ein wenig. Er ließ sich zur Tür um-

öffnete sie ein bißchen. Er vermochte genau zu hören, was ge-
sprochen wurde. Lord Galing begrüßte seinen Neffen und bat,
hereinkommen zu dürfen. „Oberinspektor Wilson ist da“, flüsterte
Arthur als Erwiderung, und „Verdammt!“ lautete Lord Galing's
Antwort. „Komm da heraus, hier laßt er nicht hören.“ Sie
traten auf die Treppe hinaus, außer dem, als Hörweite. Lord
Galing fuhr fort: „Sag' ihm um Gottes willen nichts.“
„Aber er behauptet doch, du hättest ihm alles gesagt und
ihn zu mir geschickt.“
„Das Ganze ist ein Mißverständnis, Arthur. Ich kann leider
nicht hineingehen, so lange er drinnen ist. Ich hab' es ihm teil-
weise verraten, aber du darfst nichts verlauten lassen. Er weiß
jedoch selbst manches, hol' ihn etwas aus. Aber halte selbst
den Mund.“
„Das werde ich, aber nicht um deinetwillen, geh' jetzt“, sagte
Arthur und schlug seinem Onkel vor der Nase die Tür zu. Auch
Wilson schloß sich die Tür und kehrte auf seinen Platz zurück.
„Nur ein Lieferant“, entschuldigte sich Arthur, als er das
Zimmer betrat.
Wilson erwiderte nichts. Er wartete, daß Arthur sprechen
sollte, aber es entstand eine lange Pause. Schließlich sagte
Arthur: „Worauf warten Sie?“ Ich habe Ihnen doch erklärt,
daß ich nichts zu sagen hätte.“
„Ich warte darauf, daß Sie Ihren Entschluß ändern,
Mr. Wharton. Im übrigen weiß ich es ja bereits. Lord Galing
hat die Rache aus dem Saal gelassen. Ich wollte nur noch
Ihre Bestätigung.“
„Die werden Sie nicht erhalten“, erwiderte Arthur.
„Mr. Wharton, ich will ganz offen mit Ihnen reden. Ich
habe heute Lord Galing angelockt, um ihm gewisse, höchst
wichtige Auskünfte über Mr. Pasquett zu übermitteln. Ehe ich
sie anbringen konnte, verfiel Ihr Onkel auf die Idee, daß ich
Sie gesprochen hätte, und daß Sie mir das mitgeteilt hätten,
was Sie mir jetzt vorenthalten wollen. Aus den Worten, die er
sich entschuldigen ließ, habe ich mir ganz einfach zusammenfassen
können, daß Sie selbst glauben, unüberlegliche Beweise dafür
zu besitzen, daß der Mann, der sich für John Pasquett ausgibt,
überhaupt nicht John Pasquett ist, sondern ein Hochstapler ist, der
sich seinen Namen angeeignet hat.“
„Das ist nicht wahr“, beharrte Arthur. „Ich stelle fest, daß
ich betrieblige Beweise nicht besitze.“
„Mag sein, wie es will, Mr. Wharton. Ich werde Ihnen
jetzt das mitteilen, was ich heute nachmittags Lord Galing sagen
wollte, und überlasse Ihnen selbst die Entscheidung, ob Sie sich
weiterhin weigern, mir Ihre Informationen zu geben.“

„Ich will es nicht hören“, erklärte Arthur.
„Ich besitze untrügliche Beweise dafür, daß...“ fuhr Wilson un-
beirrt fort, „erstens Hugh Radlett nicht von diesem Rosenbaum
ermordet worden ist; zweitens, daß sich Pasquett zur Zeit der
Tat in London aufgehalten hat und nicht, wie er behauptete, in
Frankreich; drittens, daß Pasquett, als Rosenbaum verurteilt,
in Eugdens Hotel aufgetreten ist.“
Arthur starrte düster vor sich hin und erwiderte nichts. Als
Wilson zu seinem Zweitens und Drittens kam, festigte er seinen
Griff um die Lehnen des Stuhles, auf welchem er saß, und sein
Gesicht wurde fahl. Aber er gab keinen Laut von sich.
„Ich vermute“, fuhr Wilson fort, „daß Sie mit Pasquett
befreundet sind, und ich muß Ihnen offen gestehen, daß ich nur
mit dem größten Widerstreben dazu gekommen bin, Pasquett
eines Mordes zu verurteilen. Aber ich habe mich genauestens davon
überzeugt, daß er am Tage der Aufdeckung des Verbrechens aus
London nach Frankreich geflohen ist. Soll ich Ihnen meine Be-
weise zeigen und Ihnen die ganze Geschichte erzählen?“
Arthur schwieg noch immer. Wilson berichtete daher kurz die
wesentlichen Umstände, die er gemacht. „Nun, Mr. Wharton“,
schloß er seinen Bericht, „müssen Sie wohl selbst einsehen, daß es
Ihre Pflicht ist, den Zwecken der Gerechtigkeit zu dienen. Wollen
Sie mir nicht sagen, was Sie entbieten haben?“
„Nein“, antwortete Arthur unglücklich. „Ich behauere, aber
ich will nicht.“
„Später werden Sie müssen, Mr. Wharton. Nichts kann ver-
borgten bleiben. Warum erzählen Sie es mir nicht lieber jetzt?“
„Ich behauere, Oberinspektor. Aber es nützt nichts. Ich
will nicht. Ich habe Ihnen nichts mitzuteilen.“
Wilson erhob sich. „Nun gut, Mr. Wharton. Wenn Sie
nicht wollen, so wollen Sie eben nicht. Aber Sie legen uns
durchaus unverantwortliche Schwierigkeiten in den Weg. Darf
ich Ihr Telefon benutzen?“
Ohne die Erlaubnis abzuwarten, hob Wilson den Hörer ab
und verlangte Scotland Yard. „Hier spricht Wilson. Bitte,
senden Sie sofort einen Mann hierher“, sagte er und nannte
Arthur's Adresse. „Mr. Arthur Wharton, welcher hier wohnt,
darf nicht aus den Augen gelassen werden. Haben Sie mich ver-
standen?“ Er hängte den Hörer auf. „Sie sehen, was Sie sich
selbst zuziehen. Ich bin gezwungen, Sie beobachten zu lassen.
Warum ziehen Sie es nicht vor, zu sprechen?“
„Nein“, wiederholte Arthur.
„Wann laden Sie aus Sibirien zurück, Mr. Wharton?“
„Ich glaube, Sie seien noch dort, und erfährt erst von Lord
Galing, daß Sie zurück sind.“ (Fortsetzung folgt.)



Das Internationale Arbeiter-Schachturnier

das gegenwärtig in Berlin stattfindet, hat eine starke Beteiligung und größtes Interesse der Groß-Berliner Arbeiterschaft gefunden. Es wird von sehr spielstarken Teilnehmern in 2 Gruppen gegeneinander gespielt; besonders heftig waren die Länderwettkämpfe, die je 10 Spiele brachten. Deutschösterreich siegte über Dänemark (6½ : 3½), Rußland über Deutschland (6½ : 2½ und 2 noch unentschiedene Sängepartien), das ebenfalls teilnehmende Ungarn war spielfrei.

Aus dem österreichischen Wahlkampf.

Wien, 19. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine Reihe bekannter Wiener Intellektueller hat eine öffentliche Kundgebung erlassen, in der sie sich gegen den Versuch wenden, im Wahlkampf die Öffentlichkeit durch wirtschaftliche Kampfpapieren zu blenden, die in Wirklichkeit auf einen Rückschritt abzielen. Man dürfe die großen sozialen und kulturellen Leistungen der Wiener Stadtverwaltung nicht übersehen. Gerade die Intellektuellen müßten dieses kulturpolitisch. Werk zu fördern trachten.

Unterschieden ist der Aufruf unter anderem von zahlreichen Künstlern, so dem ehemaligen Hoftheaterdirektor Heine, dem Direktor der Renaissancebühne Farno, dem Komponisten Wilhelm Kienzl, den Schriftstellern Werfel und Polgar, den Professoren Siegmund Freund und Kelsen, dem Bildhauer Hanak und vielen anderen.

Fajshitsche „Wahlreform“ in Bulgarien.

Sofia, 16 April. (Eigener Zuntbericht.) Wie erwartet, haben die fajshitschen Elemente des Regierungsblochs im Kampf um die Wahlreform die Oberhand behalten. Alle Abänderungsanträge, auch die des gemäßigteren Mehrheitsflügels, wurden abgelehnt. Die Neuwahlen werden am 29. Mai stattfinden. Die gegenwärtigen Machthaber werden bei dem jetzigen Wahlsystem bei 50 Prozent Stimmenzahl 85 Prozent aller Mandate erhalten, während die Opposition, mit Ausnahme der Bauern, auf keinen Sitz rechnen kann, falls eine Wahlkoalition nicht zustandekommt. Der Zusammentritt des neuen Parlaments ist vorläufig für den 10. Juni vorgesehen.

Landarbeiter gegen Gutsbesitzer in Polen. Im Anschluß an das Begräbnis eines Landarbeiters, der vor wenigen Tagen von einem Gutsbesitzer in Lipno in Polen heimlich erschossen worden ist, bemächtigte sich der dortigen Arbeiterschaft eine ungeheure Erregung. Eine Menge von 2000 Arbeitern zog vor das Haus des Gutsbesitzers und verlangte die Auslieferung des Mörders, der gegen eine geringe Sicherstellung aus dem Gefängnis entlassen worden ist. Der Gutsbesitzer und seine Familie waren indessen geflohen, so daß die aufgebrachte Menge das Haus stürmte und seine Einrichtung demolierte.

Aus aller Welt.

Eine Beethoven-Stiftung
in Höhe von 50 000 Mark ist von der Stadt Leipzig errichtet worden, aus deren Erträgen jährlich Stipendien an den Nachwuchs der Orchestermitglieder gegeben werden sollen.

Der Arbeiter-Esperanto-Bund
veranstaltete vom 15. bis 18. April im Leipziger Volkshaus einen außerordentlichen Bundestag. Den Grund zur Einberufung dieses Bundestages bildeten die Angriffe einiger der anarchistischen Bewegung angehörenden Mitglieder, die dem Vorstande einseitige Werbung für den Arbeiter-Esperanto-Weltbund (Sennacieca Unio Tutmonda) zum Vorwurf machten und sich in der eigenen Bewegung benachteiligt fühlten. Die Tagung zeigte jedoch, daß die überwiegende Mehrheit der Delegierten die Handlungsweise des Vorstandes gutheißt, der denn auch mit Ausnahme des Redakteurs des Bundesorgans wiedergewählt wurde. Die Schriftleitung wurde nunmehr in die Hände des Genossen Deubler (München) gelegt. Nach lebhaften Debatten, die stets nur in Esperanto geführt wurden, trennte man sich unter Absingung des in Esperanto übertragenen Arbeiterliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

Banderolenschieber Rahtz verhaftet.
Der Kölner Zigarettenfabrikant Wilhelm Rahtz konnte in der Gegend von Aachen, in nächster Nähe der belgischen Grenze, von der deutschen Kriminalpolizei verhaftet werden. Rahtz gilt als einer der Hauptbeteiligten an dem großen Betrug mit Zigarettenbänderolen, mit dessen völliger Aufklärung die Berliner Kriminalpolizei beschäftigt ist. Alle Ermittlungen haben bisher immer noch nicht zur Entdeckung der Bänderolenfabrik geführt.

Ein Jahr Gefängnis für Mißhandlung der Frau.
Das Schöffengericht Neukölln verurteilte am Mittwoch den 25jährigen Georg Bamp wegen schwerer Mißhandlung seiner Frau zu einem Jahre Gefängnis. Der Angeklagte, der erst seit 1925 verheiratet ist, kam Anfang Januar morgens 4 Uhr mit zwei Freunden von einer Bierreise heim und verlangte von seiner Frau Kaffee für sich und seine Gäste. Nach der Bewirtung, und nachdem das Ehepaar wieder allein war, überfiel der Mann plötzlich die Frau und mißhandelte sie mit Feuerhaken, Kaffeetassen usw. in einer Weise, daß sie schwer verletzt sofort ins

Krankenhaus überführt werden mußte. Das Gericht machte sich den Strafantrag des Staatsanwalts zu eigen und sprach den sofortigen Haftbefehl aus.

Hochwasser.
Das Gebiet der mittleren Elbe, das im vergangenen Jahre durch gewaltige Ueberschwemmungen großen Schaden erlitten hat, ist wiederum durch Hochwasser gefährdet. Das Frühjahrshochwasser hat sich plötzlich so rasch eingestellt, daß in der Gegend um Wittenberge wieder weite Landstriche unter Wasser gesetzt sind. Zwischen verschiedenen Dörfern ist die Verbindung völlig unterbrochen. — Im Unterlauf der Oder sind ebenfalls bereits bereits große Teile des weiten Tales überschwemmt.

Mühselige Typhus-Fälle.
In der letzten Zeit sind in der Neumark zahlreiche Fälle von Typhus-Erkrankungen aufgetaucht. In der Mehrzahl sind Kinder erkrankt. Ueber die Ursachen der Epidemie ist man zurzeit noch völlig im unklaren, da eine Untersuchung des Trinkwassers einwandfrei Keimfreiheit ergeben hat. In der neumärkischen Stadt Driesen sind die Erkrankungen so zahlreich, daß die Kranken in einer eigens errichteten Isolierbaracke untergebracht werden mußten.

Zwei neue Jugendwerke von Watteau im Pariser Louvre.
Der Louvre, der eine schöne Sammlung von Werken Watteaus aus seiner Reifzeit besitzt, wies bisher aus der Frühzeit des Meisters keine bezeichnenden Werke auf. Es ist daher eine wertvolle Ergänzung, daß jetzt zwei Bilder des großen Malers aus seinen Anfängen in die Pariser Galerie gelangt sind. Die Gemälde, die etwa um 1708 entstanden sind, behandeln zwei Themen des Landlebens, einen „Dorflang“ und die „Aufsitzung des Weinbaums“. Sie führen von den frühesten bekannten Arbeiten Watteaus, die Themen des Soldatenlebens behandeln, hin zu den Werken seiner Reifzeit, die mit der im Louvre befindlichen „Gesellschaft in einem Park“ beginnen.

„Jedem ukrainischen Dorf sein Kino.“
In einem in Charkow gehaltenen Vortrag über die kulturellen Aufgaben des ukrainischen Bildungs-Kommissariats machte der Volkskommissar Strupnik über die Lage der Filmkunst folgende Ausführungen: Der Spielplan der ukrainischen Kinos sei bisher unbefriedigend, da fast die Hälfte der Aufführungen gelangene Filme aus dem Auslande stamme und diese Filme das Publikum der Ukraine weder hinsichtlich des Inhalts noch hinsichtlich der künstlerischen Ausführung befriedigen können. Was die Zahl der Kinos betrifft, so beträgt sie in der Sowjet-Ukraine 1200. Von diesen Kinos wird etwa ein Drittel von den Kulturausschüssen der Gewerkschaften verwaltet. Als seine wichtigste Aufgabe betrachtet das Bildungs-Kommissariat die Vermehrung der Lichtspieltheater auf dem flachen Lande. Nach den Ausführungen des Kommissars Strupnik müsse es soweit kommen, daß jedes ukrainische Dorf sein Kino hat.

Von Räubern eingesperrt und verbrannt.
Aus Mexiko liegen englische Meldungen vor, nach denen dort 500 Banditen einen Zug überfielen und ihn in Brand steckten. Der Zug verbrannte angeblich vollständig und mit ihm die in ihm befindlichen 186 Reisenden. Vergebens versuchten, nach den Berichten, Männer und Frauen, unter furchtbaren Schreien auszubrechen.

Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse

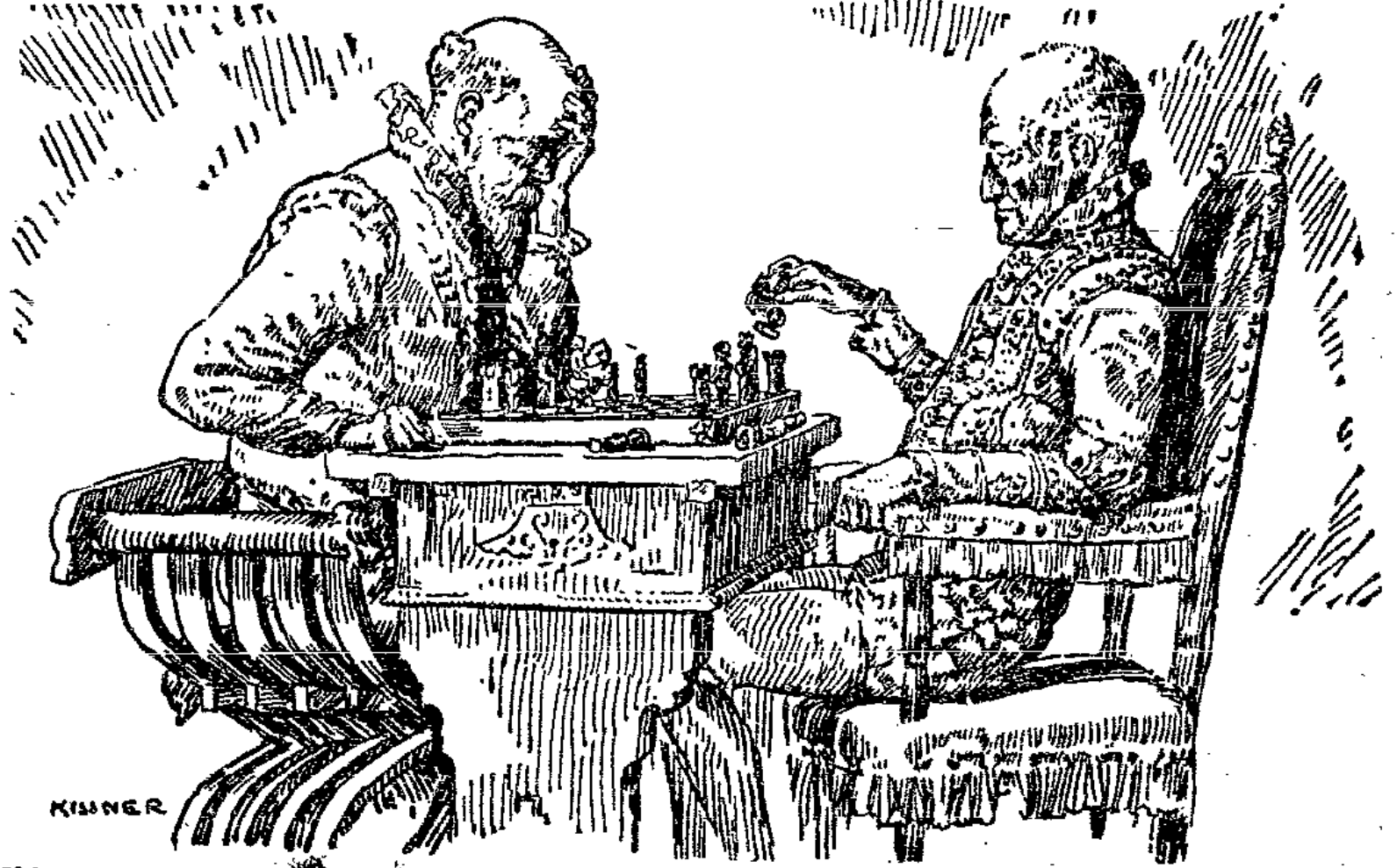
		vom 20. April.	
1 Pfund Sterling	20,464	100 franz. Francs	16,505
1 Dollar	4,214	100 holländ. Kronen	12,473
100 holl. Gulden	165,58	100 Schweizer Francs	81,055
100 Belg. = 500 Franken	53,60	100 Peletas	74,16
100 norw. Kronen	109,36	100 schwed. Kronen	112,68
100 Danzig. Gulden	81,62	100 Pengö	73,44
100 Lire	21,28	100 österr. Schilling	59,25
100 dän. Kronen	112,44	100 Slot	47,05



Jeder gewinnt keiner verliert

War es nicht immer so, dass das, was der EINE gewann, vom ANDEREN bezahlt werden musste, nicht nur im Spiel, sondern auch im wirtschaftlichen Leben? Wäre es nicht eine wunderbare Einrichtung, wenn jeder, der am Spiel beteiligt ist, nur gewinnen und keiner verlieren könnte, sowohl der Verbraucher, der die Ware konsumiert, wie auch der Arbeiter, dessen Hände sie bilden und der Fabrikant, der sie entstehen lässt?

Das Mittel, welches solch wunderbare Wirkung hervorbringt, heisst RATIONALISIERUNG. Das bedeutet Einführung wirtschaftlicher Arbeitsmethoden, dadurch Senkung der Unkosten, dadurch Verbesserung der Leistung und dadurch Steigerung des Absatzes. Wird es konsequent angewendet, dann bringt jede Steigerung des Absatzes eine weitere Senkung der Unkosten und damit eine weitere Verbesserung der Leistung!



Wer hat nun bei der Rationalisierung unserer Overstolz-Fabrikation am meisten gewonnen?

Wir geben gern zu, dass sie für uns ein grosser Vorteil ist, denn für den kleineren Gewinn-Anteil hat uns die stark gestiegene Umsatz-ziffer vollauf entschädigt. Auch unsere Arbeiter haben durch die RATIONALISIERUNG unserer Betriebe gewonnen, sie erzielen auf leichtere Weise einen höheren Lohn als früher.

Der grössten Gewinn hat der Overstolz-Raucher selbst!

Er erhält für 5 Pfennig eine Zigarette, die er vor der Rationalisierung unserer Overstolz-Fabrikation für diesen Preis niemals hätte kaufen können.



Familien-Anzeigen

I. Arbeiter-Anglerverein Breslau E. V.
Am 18. April verstarb unser Angelbruder
Albert Lübcke
im Alter von 54 Jahren.
Ein letztes „Frei Petri Heill“
Von Deinen Sporigenossen.
Beerdigung: Freitag, 22. April, nachm. 2 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des St. Salvator-Friedhofes.

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Am 17. April verstarb unser Kollege,
der Pensionär
Karl Triebe
im Alter von 53 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 4 Uhr, von der
neuen Leichenhalle in Oswitz, Tor 6.

Das 7409
Erholungsheim Lomnik
wird am 1. Mai d. J. eröffnet. — Pensionen-
preis 3.50 Mk. (5 Mahlzeiten). Wiedungen
werden schriftlich erbeten an den
Sozialen Frauendienst
Schubbrücke 36, Zimmer 44.

Stadttheater
Donnerstag 8 Uhr:
15. Abonn.-Vorstell.
Serie E:
„Das Rheingold“
Freitag 7 1/2 Uhr:
17. Abonn.-Vorstell.
Serie C:
„Die Jüdin“
Sonnabend 6 Uhr:
„Parifal“

Schauspielhaus.
Operettenbühne.
Tel. Stephan 36300.
Donnerstag u. Freitag 8 Uhr
Der große Seitenerfolg
„Adieu, Mimi!“
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male!
„Jugend im Mai“
Musik von Leo Fall.
Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr
„In der Johannisnacht“
Sonntag und täglich 8 Uhr:
„Jugend im Mai“

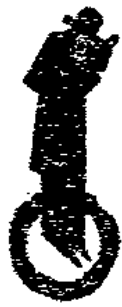
Lobe-Theater
Tel. Ring 6774
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
Zum letzten Male!
Herodes u. Mariamne
Sonnabend 8 Uhr:
Zum ersten Male!
Spiel im Schloß
Thalia-Theater
Tel. Ring 6700
Donnerstag, Freitag,
abends 8 Uhr:
Zum letzten Male!
„Mora“
Sonnabend 8 Uhr:
„Dolpene“

Liebig-Theater
Telefon: Stephan 34646
Täglich 8 Uhr!
Internationales Varieté
in höchster Vollendung
Billige Eintrittspreise
von 50 Pf. an.
Jeden Sonntag, Familien-
nachm. 3 1/2 Uhr!
u. Kinder-Vorstellung
das volle Programm zu
ermäßigten Preisen.

Schau-Arena
im 7406
Circus Busch
Täglich 8 Uhr:
Das Sensations-Programm
Sport-Kino
Variété-Theater
Eintritt:
25 Pf. 100 Mk.
bis 1 Parkett

Liederbuch
des Reichstänners
Schwarz-Rot-Gold
59 Lieder mit Noten
Preis 50 Pf.
Vollrecht-Erwerb

Bücherkreis



Bände u. Aprilheft
eingetroffen.

Bei Abholung
Mitgliedskarte nicht vergessen.
Volkswachtbuchhandlung
Neue Graupenstr. 5.

57. Landwirtschaftlicher

Maschinenmarkt

1. OSTDEUTSCHE
FACHAUSSTELLUNG
DIE MILCH

Technische Messe

BAUMESSE
AUSSTELLUNG VON
BÜROMASCHINEN

Breslau 5. bis 8. Mai

Ausstellungspark Scheitnig

Zum Schulanfang! Zeichenunterricht!
Reißbretter, nur prima Ware

Größe cm	37/47	42/52	47/62	50/60	50/65	52/71
Preis Mark	2.60	3.15	4.00	4.10	4.30	5.25

Zu ebenso billigen Preisen:
Reisbretter, Winkel, Maßstäbe,
Tuschkasten, Zeichenblöcke u. -Bogen

Lessing & Pohl, Fachgeschäft
für alle Mal- und Zeichen-Gerätschaften 7295
Breslau I, Taschenstraße 29/31, Fernruf: Ring 1925.

*Wir stehen auf dem Standpunkt, daß
für den menschlichen Körper das Beste
vom Besten gerade gut genug ist.
Bei Herstellung unserer Qualitäts-
marken werden nur Weinsprit und
Weinsprit Marke Adlershof destil-
liertes Wasser und feinste Rohstoffe
verarbeitet.*

*Prima Sprit, geschweige Obstsprit, finden
in unserem Betriebe grundsätzlich keine Ver-
wendung.*

Emil Fache
Aktiengesellschaft

Sonderangebot Gustav Landauer

französischen **Revolution**

Ein Urteil von vielen: Ein außerordentliches Werk, in dem wir
wie in keinem anderen Aufsatz und Spiegel
unserer Zeit finden. Wir schauen die große
Revolution mit hundert Augen, wir hören
mit hundert Ohren. Wir lesen und ver-
gessen, daß diese Schreiber und Schreiber-
innen von 1789 über ein Jahrhundert tot
sind; wir lesen, als wären es Dokumente
von heute und gestern.

2 Halbleinen-Bände statt 15.— **NUR 7.—**
2 Bände brosch. **NUR 3.—**
— auch auf Buchkarte —

Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstr. 5
Neue Taschenstr. 1

MÖBEL
Küchen kompl. 7-Bg. von 50.00 Mk. an
Schrank pol. 2-Bg. von 60.00 Mk. an
Nachtischsch. von 35.00 Mk. an
Pottsche Stühle von 3.50 Mk. an
Professorsch. Schloß, Herren- und Spieghel-
Chaiselongues, Sofas, Patent- u. Aufhängeschlösser
und alle Arten Einzel- und Kleinfach
Blauer, Dührig & Co.
Möbel und Stühle in detail und en gros
Mathienstraße 107 und Weberweg 28/30

Treibniger
Kochfleischerei
Kochfleischerei
empfehlen
1 Pf. fettes Fleisch 40 Pf.
3 Pf. Knoblauch 90 Pf.
3 Pf. Schmalz 1.20
Spezialitäten
in der „Volkswacht“
den größten Erfolg



Hunderte kauften den I. Band dieser Anti-Kriegsibel.
Hier ist die Fortsetzung.
Halbleinen Mark 5.—
Auch auf Buchkarte, wöchentlich 50 Pf.

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstr. 5 + Neue Taschenstr. 11

Alle Schreibmaschin.-Arbeiten
billigst Thielking
7560 Vorwerkstraße 62.

Damenmäntel 8.00
um zu räumen von 8 an
in großer Auswahl
Urban, Karlstraße 1, 2. Et.

Eristaffige Marken-
Fahrräder
Gummi, Zubehör billig.
Damenräder mit Freilauf u.
65 Mk. an. 3663
Geier, Freiburger Straße 16
Ede Graupenstr.

Oberbett, 2 Rissen
mit rotem Inlett 108
für 24.00 Mk. zu verkaufen
Freiburger Str. 5, hp links

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos
zu bester. durch die Gg.-bücherei
u. Zeitung u. die Zeitungsleger.

Anzug-Zutaten
4 bis 12 Mk., Rittler Mk. 48
bis 90 Pf., Weinwand Mk. 35
Pf. bis 1.20 Mk., Hermel-
lutter Mk. 48 Pf. b. 1.40 Mk.,
Garn 1000 Yd 25-70 Pf.,
Seifgarn 20 Gramm 10 Pf.,
Wollschürzen 100 Yd 2.00
b. 8.00 Mk., Knöpfe Dyd 3-
10 Pf., Kernseife Kiesel 15
Pf., Seife 15 Pf.
Detail und Engros

Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Filiale Oberstraße 17.

Druckerei
Volkswacht
BRESLAU 2
Florstraße 4/6
übernimmt die An-
fertigung sämtlicher
Druck Arbeiten für
Industrie, Handel, Ver-
eine u. Gewerkschaften
in ein- u. mehrfarbiger
Ausführung bei preis-
werter Berechnung u.
schnellster Ueferung.

Spezialität:
Massenanlagen
(Rotationsdruck)

Maurer-Hosen pa. Qualität, mit Schnitt
11.00, 8.00
Schwarze Tuchleder-Hosen mit Schnitt . 10.50, 6.50
Manchester-Hosen mit Schnitt 16.50, 13.50
Schwarze Tuchleder-Hosen mit Latz 11.50, 5.50
Gestrelte Pilot-Arbeits-Hosen 7.25, 4.75
Schwarze Dreidraht-Lederhosen 16.50, 13.50
Burschen- und Bauch-Hosen in allen Größen
Adolf Mallnowitzer, Klosterstraße 23

Geschäfts-Eröffnung?
Dem geehrten Publikum zur gefälligen Kennt-
nisnahme, daß ich am **Sonnabend, 23. April**, mein
Hutgeschäft neben Umpresserei von **Wierstr. 33, 1**
nach **Gellhornstraße 47** 3. Haus von der
Kaiserstraße
verlege.
Mein Bestreben wird es auch fernerhin sein,
meine werthe Kundschaft mit **guten und realen**
Waren zu bedienen.
In der angenehmen Erwartung, mich in meinem
neuen Unternehmen gütig unterstützen zu wollen,
zeichne hochachtungsvoll
820
Richard Rosner, Hulmader.

Ein schöner Mantel aus der
Damen-Mäntel-Fabrik
ist infolge Eigenfabrikation unerreicht billig
Covercoat-Mantel von 9.75 an
Rips-u. Tuch-Mantel 19.75
in allen Farben, von 19.75 an
Kostüme 19.75
in modern. Fassons, von 19.75 an
Ang. 10.00 bis 25.00
Mit 1000 bis 1500
7408

Jedem ein Fahrrad
Abzahlung ganz nach Wunsch.
Große Auswahl von 60 Mk. an. Zubehör gratis
R. Mühle & Sohn
Tauschstr. 55, Nähe Taschenstr.

Parteilreunde
kauft an Bahnhöfen,
verlangt in Hotels,
Restaurants, Cafés
stets die
Volkswacht

Kaufgehilfe
Ich kaufe jede
Nähmaschine
höchstzahlend Wienerer,
Gräbnerer Straße 5.
Stetne Anzeigen
Für komp. gezeigte ein-
paltige Anzeigen von Ver-
käufen, Kaufgehilfen u. a.
nur von Privat. Wort
3 Pfennige, fest 4 Pfennige
Großes mod. Ringhaas,
Stammophon m. 12 1/2-ten
Richtschiff sofort zu ver-
kauf. Off. unter Nr. 108 Volkswacht-
buchh. Neue Graupenstr. 5.
Kaufgehilfe d. Holzarbeiter-
Verbandes, Jahrgang 1918,
1919, 1920, 1921 zu verkaufen.
Offert. unter Nr. 109 Volkswacht-
buchh., N. Graupenstr. 5.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 21. April.

Das größere Breslau.

Als nach Kriegsende die Stadt Breslau mit ihren groß n Eingemeindungsplänen hervortrat, erregte sie bei dem anderen Kontrahenten der Eingemeindung, dem Breslauer Landkreise, nicht geringe Bestürzung. Es drohte vom ganzen Landkreise nur ein geringer Rest zu verbleiben, der nicht mehr lebensfähig gewesen wäre und Nachbarkreisen hätte zuguteil werden müssen. Von unserem Breslauer Standpunkt wäre das kein besonderer Fehler gewesen, aber von draußen sahen sich die Dinge anders an. Andere eigenen Genossen verwiesen auf den starken sozialistischen Einfluss, nicht nur in den einzelnen Kreisen, sondern auch in der Kreisverwaltung. Demgegenüber war ihnen der Breslauer Magistrat reaktionär. Er war es ja auch im Vergleich zur damaligen sozialdemokratischen Stadtdirektionenmehrheit, zumal der gewesene Kammerer als starkes Hemmnis für eine fortschrittliche Kommunalpolitik wirksam war. Das Vorgehen des Magistrats, seine Verhandlungsmethoden, erinnerten auch nur allzu oft an die Vorkriegszeit, und allen Versprechungen gegenüber verwies man von draußen auf die Verhältnisse in früher eingemeindeten Ortschaften.

Über langjam wandelten sich die Ansichten. Man sah den Kranz von Siedlungen am Rande der Stadt wachsen, man sah, wie sich in Gräbchen der Fortschritt regte, wie in Breslau die weltlichen Schulen zunahmen, während die Regelung der Schulverhältnisse in den kleineren Orten die größten Schwierigkeiten macht, man verglich die Wohlfahrtsrichtungen der Stadt mit denen der weniger leistungsfähigen Vorortgemeinden, auch Besamwünsche drängten zur Stadt, und schließlich haben sich verschiedene Nachbargemeinden für die Eingemeindung erklärt, die jetzt nach dem Kompromiß zwischen der Stadt und dem Landkreise draußen bleiben sollen.

Dieses Kompromiß ist im wesentlichen unserer Partei zu verdanken, die nicht mit ansehen konnte, wie die Eingemeindung sich immer wieder verzögerte, zum Schaden der Stadt und zum Schaden der im Ungewissen verbleibenden Gemeinden. Gewiß wäre es, immer vom Breslauer Standpunkt aus betrachtet, wünschenswert gewesen, der Stadt durch die Eingemeindung auf fünfzig Jahre die Entwicklung zu weisen, aber wenn es nach dem Kompromiß auf die Hälfte dieser Zeit reichen wird, dann ist es besser, als wenn die Eingemeindung sich noch weiter verzögert hätte.

Denn die baldige Eingemeindung ist für uns die Frage aller Fragen. Wir können das Wohnungswesen nicht befähigen, wir können die Wohnhöhlen der Innenstadt nicht durch gesunden Siedlungsbau ersetzen ohne Land. Jeder verlorene Monat ist hier kostbar. Wir müssen uns aber auch klar sein, daß die Eingemeindung große Opfer erfordert und daß die Opfer um so größer sein müssen, je größer das eingemeindende Gebiet ist. Die Opfer bringen wir, den Vorteil werden erst spätere Geschlechter haben. Vielleicht kann uns, von diesem Standpunkt aus gesehen, die Beschränkung des ursprünglichen Eingemeindungsprogramms auf das gegenwärtige Kompromiß durchaus erwünscht sein.

Am weitesten hinaus greift die Stadt im Westen mit Deutsch-Wissa, Heidau, Goldschmieden, Stabelwitz und Herrnhut. Draußen verbleiben hier die von der ursprünglichen Eingemeindungsabsicht mit erfassten Orte Rothern und Maderau. Weiter werden von der Eingemeindung Groß-Maschwitz, Klein-Maschwitz, Pilsnik, Oswitz, Rosenthal, Lilienthal, Carlowitz und Friedewalde erfaßt. Draußen bleiben Ransern, Weidenhof, Peipe-Petersdorf, Groß-Weide, Wohlauowitz und Schotwitz. Die Stadt greift dann wieder weiter aus, um vom Kreise Delz-Hundsfeld zu erhalten, dazu treten, den Rundgang fortsetzend, Cawallen, Schwobitz, Zimpel, Bartheln, Bischofswalde, Jedlitz, Pirsham, Otowitz, Straßhate, Klein-Tschansch und Groß-Tschansch. Draußen bleiben hier Wüstendorf, Lanitz, Steine, Trzeschen, Pleischwitz, Althofnag, Radewitz und Brodau. Weiter fortschreitend, sollen Moischwitz und Ostaschin nur bis zur Umgehungsbahn eingemeindet werden, der übrige Teil bleibt draußen. Draußen bleiben ferner vom ursprünglichen Eingemeindungsplan Weißig, Kundschütz, Bettlern, Aeltendorf, Oppertau und Groß-Nachbarn, jedoch im Süden nur Krietern und Hartlieb zu Breslau fallen. Als weitere Eingemeindungsorte bleiben noch Klein-Nachbarn, Maria-Höfchen, Neukirch, Schmiedefeld, Klein-Ganda und Casel.

Stimmen Staatsregierung und Landtag dem hier beschriebenen Vergleich zu, dann wächst die Gesamtfläche der Stadt Breslau von 4900 auf 16.000 Hektar. Die Bevölkerungszahl vermehrt sich dagegen nur um 33.800. Irrendwelsche parteipolitischen Wirkungen für das Leben auf dem Rathaus kann sich von diesem geringen Bevölkerungszuwachs keine Partei versprechen, wohl aber hofft die Breslauer Sozialdemokratie, daß sie durch die Eingemeindung infolge Auflösung der Stadtverordnetenversammlung früher als 1928 die Gelegenheit erhält, mit der augenblicklichen Bürgermehrheit abzurechnen.

Die Maifeier in Breslau

mit ihrer Kundgebung, dem Aufmarschplan und den übrigen Veranstaltungen volkstümlichen Charakters wird in den nächsten Tagen mehrmals bekannt gegeben werden.

Heut aber schon machen wir darauf aufmerksam, daß für die Beteiligung an den Nachmittagsveranstaltungen ein einheitliches Maifeierabzeichen zum Preise von 20 Pf. herausgegeben wird, das die Kassierer der einzelnen Gewerkschaften schon in dieser Woche erstmalig ihren Mitgliedern zum Kauf anbieten.

Jeder Träger eines solchen Maifeierabzeichens hat unentgeltlich den Eintritt und es liegt nur in seinem Interesse, alle anderen Angebote abzuweisen, da in früheren Jahren nicht selten an diesem Tage Personen mit ähnlichen Abzeichen ihre Geschäfte machten, obwohl sie sonst wenig oder gar nicht mit der Arbeiterschaft sympathisierten.

Die Bezirkskassierer der einzelnen Gewerkschaften können die notwendige Anzahl in ihren zuständigen Büros sofort in Empfang nehmen.

Für die Kundgebung am Vormittag ist das Tragen des Maifeierabzeichens in Rücksicht auf die große Zahl der Erwerbslosen und der Wenigerbedienten nicht Bedingung, doch wäre es wünschenswert, wenn auch sie sich damit ausstatten würden.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung“, die durch ihre wüsten Schimpfartikel gegen die Maifeiere der Sozialistischen Internationalen alle anderen (gewerkschaftlichen und politischen) Organisationen der Arbeiterbewegung zur Ablehnung einer gemeinsamen Maifeier in Breslau gebracht hat, ist über diese Wirkung ihrer Schimpfleistungen natürlich höchst erstaunt und entsetzt. Sie bringt gestern als Antwort auf diesen Beschluß neue Schimpfereien gegen die „Hinterhältigkeit, Zweipältigkeit und

Tüde“ aller Arbeiterführer außer den kommunistischen. Ferner beruft sie sich auf Maifeierbeschlüsse einzelner Organisationen, die wohl alle noch gefaßt worden sind, ehe die Kommunisten ihre Absicht des Mißbrauchs der gemeinsamen Feiern zur Beschimpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in der gefährdeten offenen Weise enthüllt hat. Die Gründe für die Ablehnung des Zusammengehens mit den Kommunisten berührt das A.P.D.-Blatt vorsichtshalber bisher mit keinem Wort. Die Enttäuschung seiner Leser könnte sich dann vielleicht einmal gegen die Kommunisten-„Bongzen“ und ihre Geiste von „Einheitsfront“-Taktik wenden.

Wohin am Sonntag?

Eine Wanderung, die namentlich zur Frühlingszeit Herz und Auge des Wanderers erheitert, ist die nach der Weidenmündung — Häjellei. Da der Marsch nicht allzu anstrengend ist, und es auch Rückfahrtauglichkeit gibt, können auch die Älteren einmal nach der Woche Laßt und Mühen hinauswandern in die frische, freie Natur. Wir verlassen an der Endstation Oswitz die Straßenbahn und benutzen den Damm bis zu dem grünen Häuschen der Ueberfähre. Hier geht der Damm ein Stück im Gutshof weiter und wir wandern nebenher. Alte, mächtige Eichen umsäumen den Weg, der uns bald wieder auf den Damm führt. Die Oder entfernt sich immer mehr und kommt erst bei dem Deichhäuschen wieder zu uns, wir verlassen nun den Damm und gehen ein Stück an der Oder entlang, bis bald halbrechts ein Weg nach Ransern abzweigt. Zur Rechten sehen wir die Schwedenschanze mit dem hohen Aussichtsturm liegen und vor uns das Dörfchen Ransern. Dies gewährt zur Zeit der Raumbüte einen herrlichen Ausblick mit seinen roten Ziegeldächern inmitten des weißen Blütenmeers. Wir durchwandern das Dorf und erblicken auf einem kleinen Hügel, umgeben von düsteren

Am Sonntag, den 24. April
von 9 bis 1 Uhr vormittags

Urwahl der Delegierten zum Parteitag

Jedes Parteimitglied hat die Pflicht, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Riefen, den Friedhof. In dem kleinen Teich lassen wir die Straße rechts liegen und erreichen einen schönen Damweg, der sich am Waldesrand entlang zieht, und uns bis zum Waldvorwerk führt. Hier durchschneidet die Straße von Ransern den Damm, doch wir gehen auf der anderen Seite wieder hinauf und verfolgen den Weg bis kurz hinter die Wampstation. Eine kleine Treppe führt hier den Damm hinunter auf den vom Breslauer Verschönerungsverein weißmarkierten Weg, der uns in vielen Windungen durch den Wald nach der Weide führt. Mit diesem kleinen, gebüschumwachsenen Flüsschen wandern wir abwärts der Mündung zu, doch vorher lassen wir uns auf einer der großen Wiesen zur wohlverdienten Mittagsrast nieder. Wenn die Sonne gar zu sehr lecht, lassen wir uns zu einem erfrischenden Bade verleiten und tummeln in frühlichem Spiel auf der Weide. Wollen wir zur Heimkehr die Bahn benötigen, so wandern wir den weißmarkierten Weg die Weide aufwärts weiter, und kommen nach einer Stunde ungefähr nach Weidenhof, von wo wir die Rückfahrt antreten können. Wer jedoch noch gut zu Fuß ist, kommt mit uns bis zur Mündung der Weide in die Oder. Vor uns liegt der große, breite Strom mit seinen Röhren, Dampfern und kleinen Booten, gegenüber sehen wir die Weidmündung, und bei klarem Wetter in weiter Ferne auch den Zobtengipfel. Auf der anderen Seite der Weide ragen die dem Verfall geweihten Gebäude der Häjelei hervor. An der Oder entlang gelangen wir bald zu einem Graben, über den etwas waldbinwärts eine Holzbrücke führt. Hier sind wir wieder auf dem weißmarkierten Wege, der uns ein Stück durch den Wald und dann an die Oder führt. Wir werfen einen Blick auf das gegenüberliegende Herrnhut, das sich mit seinen, marantanten Gebäuden der Heilstätte deutlich vom Horizont abhebt. Unser Weg führt nun immer am Waldesrand entlang, bis wir die Maschwitzfähre erreichen, malerisch liegt das Dorf Maschwitz da, und wir raiten einen Augenblick, um uns an der Abendstimmung zu erfreuen. Von den Röhren erklingen manchmal die Töne der Ziehharmonika, halten doch die Schiffer hier wegen der Schleufe meistens die Sonntagsruhe. Der Wald bleibt nun hinter uns, und bald erreichen wir wieder den Damm, der uns nach unserem Ausgangspunkt Oswitz zurückführt. Von den Vergnügungsstätten herüber tönen die Klänge der Musik, doch achlos gehen wir vorbei, haben wir uns doch draußen in der Natur wieder gestärkt für den schweren Kampf des Alltags. Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Breslau, e. V.

Die Geschichte eines Buches.

Das fünfbändige handschriftliche Bilderwerk über Schloßen, das der Leutnant und Aql. preußische Szenographus Friedrich Bernhard Werner in den Jahren zwischen 1740 und 1765 nicht weniger als viermal hergestellt hat, ist für jeden Heimatsforscher ein unentbehrliches Hilfsmittel geworden, und wenig Handschriften aus alter Zeit werden dauernd so stark in Anspruch genommen wie dieses umfassende Sammelwerk mit seinen Tausenden sauber getuschelter Federzeichnungen. Schon frühzeitig hatte die Rehdbiger Bibliothek ein Exemplar erworben: 1769 gelang es dem Rektor Arletius, den Ankauf für 110 Rthlr. durchzusetzen. Leider sollte dieser wertvolle Zuwachs nicht gar lange vollständig erhalten bleiben. Bereits im Jahre 1792 mußte man den Verlust des zweiten Bandes, der die Fürstentümer Breslau und Brieg enthielt, beklagen. „Durch die Schuld eines hiesigen, erst unlängst verstorbenen Gelehrten“, so heißt es in Zimmermanns Beschreibung der Stadt Breslau 1792, war der Band abhanden gekommen, und alle Bemühungen, ihn wieder aufzuspüren, waren vergebens. Ueber ein Jahrhundert mußte er als verlohnen gelten, bis im Vorjahre, durch einen Auffag des Unterzeichneten in den Schlesischen Monatsheften veranlaßt, Herr Dr. jur. von Bergmann-Korn der Stadtbibliothek mitteilte, daß er im Besitze eines Bandes der Topographia Silesiae sei, der aus dem Nachlasse seines Großvaters, des Herrn Dr. Heinrich von Korn, stammte. Eine Ueberprüfung dieses Bandes ergab sogleich, daß man hier den so lange vermißten zweiten Band vor sich hatte, dessen Zugehörigkeit zur Rehdbiger Bibliothek von den jeweiligen Erwerbern nicht geahnt werden konnte, weil jeder Eigentumsvermerk in dem Buche fehlte, ein Beweis etwer uns heute schwer verständlichen Hamzlosigkeit damaliger Bibliotheksverwaltung. In richtiger Erkenntnis der Wichtigkeit des Fundes hat Herr von Bergmann-Korn den Band der Stadtbibliothek als Geschenk überwießen, die somit die Freude hat, das durch Arletius erworbene Exemplar wieder vollständig zusammen zu haben. Diese überaus wertvolle Spende wird gewiß in weitesten Kreisen mit freudiger Anerkennung begrüßt werden.

Dr. Küfeler

Von der Zeichnung zum fertigen Stück.

Wer aufmerksamen Auges die Ausstellung „Junghebarwert in Werkstatt und Schule“ beichtigt, der wird auch die Zeichnungen, nach denen die ausgestellten Arbeiten ausgeführt worden sind, mit Interesse betrachten. Die Anleitung für das Verständnis und die Herstellung einer Zeichnung erhält der junge Handwerker in den Berufsschulen, die auch hier eine wichtige Ergänzung zur Meisterlehre bieten. Früher wurde in den Berufsschulen ausschließlich das Zeichnen nach dem Modell gepflegt. Dieses leistet als Mittel zur Förderung des räumlichen Vorstellungsvermögens zweifellos vorzügliche Dienste und wird deshalb stets die Grundlage des Zeichenunterrichts bilden, zumal die Gewinnung flacher Bilder aus der unmittelbaren Anschauung des vor dem Schüler stehenden Modells verhältnismäßig einfach ist. Bei den konstruierenden Berufen wird aber ganz besonders Wert darauf gelegt, daß der junge Handwerker befähigt wird, Zeichnungen richtig zu verstehen, d. h. sie zu lesen, sodas er imstande ist, nach der Zeichnung eines ihm bisher unbekannten Werkstückes sich dessen Form als Körper im Raum deutlich und klar vorzustellen. Die ausgestellten, sehr reichhaltigen Zeichenlehrgänge der Schlosser, Schmiede, Maschinenbauer usw. lassen deutlich erkennen, welche Möglichkeiten neben der Modellaufnahme in der modernen Berufsschule zur Förderung der Raumvorstellung herangezogen werden. Im legenannten Ergänzungszweigen wird gezeigt, wie die Schüler zu gegebenen Rissen fehlende Risse, Ansichten und Schnitte selbstständig suchen, ein gegebenes perspektivisches Bild in die rechteckige Parallelprojektion umzuwandeln, zu einem gegebenen Arbeitsstück das dazugehörige Maßstück aus dem Gedächtnis erzeugen, aus Zusammenstellungszeichnungen Einzelteile in den erforderlichen Rissen herauszeichnen müssen und dergl. mehr. Weitere Übungen in räumlichen Denken werden durch sauber ausgeführte Modellarbeiten in Plastik vor Augen geführt, die der praktischen Werkstattarbeit insofern nahestecken, als sie nach beigegebenen Werkstückzeichnungen (Maßpapieren) räumlich gestaltet worden sind. Auf diese Weise wird der Handwerker nach und nach auch befähigt, Gegenstände seines Berufes nach den Gegeben der Projektion zeichnerisch darzustellen. Hierbei muß er auch die für die Herstellung des dargestellten Werkstückes erforderlichen Maße eintragen, eine Arbeit, die wieder die genaue Kenntnis der einzelnen Arbeitsvorgänge zur Voraussetzung hat.

Dem Laien mehr verständlich sind die ausgestellten Zeichenlehrgänge der Schmiedenden Berufe, deren nähere Betrachtung bald erkennen läßt, daß auch hier beständig einem Ziele zugestrebt ist: Heranbildung der gewerblichen Jugend zur Berufstüchtigkeit und strenger Sachlichkeit, Befreiung von geistlicher Arbeitsweise, fachtlicher Antennen, Ziel- und Planlosigkeit. Von Anfang an soll der Mäker die beiden großen Gebiete beherrschen lernen die die Quellen aller künstlerischen Fertigkeiten sind. Das geometrische Zeichnen in seiner Exaktheit und die Natur in ihrem Formen- und Farbenreichtum. Das Studium beider Gebiete, unterstützt durch die Kenntnis alter und neuer Stille, ist unerlässlich für eine gediegene Geschmacksausbildung und künstlerische Arbeitsfähigkeit. Die technische Ausführung aller Schülerarbeiten entspricht dabei in jeder Hinsicht der Praxis.

Betrachtet der Laie einen schön abgestimmten Raum, einen geschmackvollen Bucheinband oder einen guten Schriftsack, dann ahnt er oft nicht, wie weit und bezeichnend der Weg von der Idee zur fertigen Arbeit ist. Auch die schmückenden Berufe müssen den Grundlag hochhalten: „Erst erdacht — dann gemacht!“

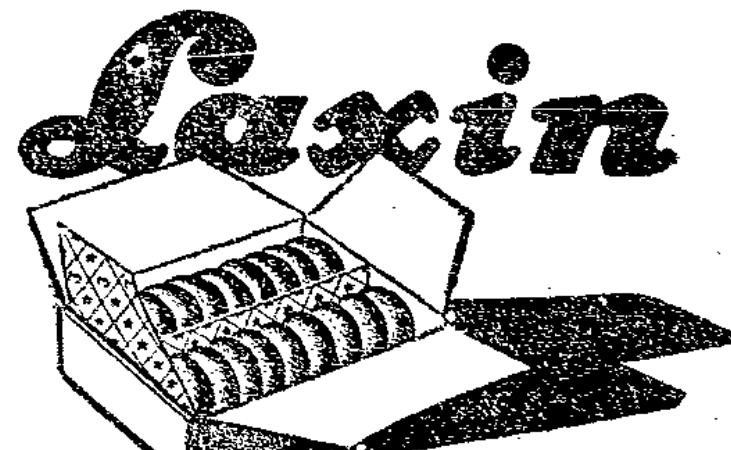
Warnung für Erwerbslose.

Ein „Kampfbund für die wirtschaftlichen Interessen der Erwerbslosen, Notstands- und Kurzarbeiter“ soll in Breslau entstehen, und zwar wegen dem „pöblichen Verlagen der verschiedenen Gewerkschaften und politischen Parteien auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge“. Zugleich soll auch eine Bundeszeitung, „Der Kampfbund“, herausgegeben werden. Als Bundesleitung zeichnet ein gewisser Paul Bache und als Redakteur des „Kampfbundes“ Herr Gerhard Speil. In Ermangelung anderer Einkommen wollen sich die Herren anscheinend aus den Groschen der Erwerbslosen eine Existenz gründen, einen anderen Sinn hat die Gründung dieses „Kampfbundes“ nicht. Von unserer Partei werden die Interessen der Erwerbslosen in jeder Richtung sorgfältig wahrgenommen, von anderer Seite aber ist mit den Interessen der Erwerbslosen schon so viel Schindluder getrieben worden, daß es der Herren Paul Bache und Gerhard Speil nicht noch bedarf.

Elektrizität in Haushalt und Gewerbe.

Der zahlreiche Besuch und der Beifall, den die von den Städtischen Elektrizitätswerken gelegentlich der diesjährigen Frühjahrsmesse in der Jahrhunderthalle veranstaltete Sonderausstellung „Elektrizität in Haushalt, Geschäft und Handwerk“ gefunden, haben Veranlassung dazu gegeben, diese Ausstellung in einem für das Handwerk erweiterten Umfange bei dem diesjährigen, vom 5. bis 8. Mai stattfindenden landwirtschaftlichen Maschinenmarkt zu wiederholen. Die neue Ausstellung unter dem Titel „Elektrizität in Haushalt und Gewerbe“ wird gemeinsam von den Städtischen Elektrizitätswerken Breslau und dem Elektrizitätswerk Schlesien veranstaltet. Letzteres wird im Rahmen dieser Ausstellung in einer besonderen Abteilung landwirtschaftliche elektrische Einrichtungen und Apparate vorführen.

Die gesamte Ausstellung umfaßt 30 Abteilungen mit einer Gesamtgröße von etwa 1200 Quadratmetern. Sie verläuft vom Haupteingang (West) der Jahrhunderthalle durch den Kuppelraum, diesen hierbei rechtwinklig schneidend, bis zum Südeingang. Im Abschnitt „Haushalt“ werden in neuzeitlich ausgestatteten Wohn- und Küchenräumen alle Verwendungsmöglichkeiten der Elektrizität in ihrer Wirkung als Licht, Kraft und Wärme vorgeführt werden. In weiteren Abteilungen wird moderne Kellerelektrobeleuchtung, Beleuchtung für Läden, Schaufenster und Büroeinrichtungen zu sehen sein. Hier werden sich auch die im Büro und Geschäft verwendeten elektrischen Apparate



das ideale Abführmittel
macht zarten reinen Teint. Dann gute
Verdauung schafft zarten reinen Teint.
Also nehmen Sie regelmäßig ein
LAXIN-KONFEKT

Verlangen Sie kostenlos die interessante Broschüre über
Laxin von den Lingner-Verken, Dresden

Besucht die Ausstellung! Junghandwerk in Werkstatt und Schule

Ausstellungshalle Scheitnig • Vom 10.—24. April
Eintrittspreis: Wochentage Erwachsene 30 Pf., Sonntag 30 Pf., Kinder 20 Pf.
Bei Vorlegung der Verbandskarte kommt der Eintrittspreis auf je 10 Pf. für Mitglied und Frau.

besuchen. In der Abteilung „Gewerbe“ bietet sich diesmal Gelegenheit, die Anwendung des elektrischen Kraftbetriebes in den wesentlichen Gewerbezweigen, wie in der Bäckerei, Mälzerei, Fleischeri, Gastwirtschaft, Schuhmacheri, Schneiderei, Kellerei und Metzgerei, Holz- und Metallbearbeitung, Druckerei und Schmelzerei zu sehen. Alle Betriebe werden praktisch vorgeführt.

In einem mit der Ausstellung verbundenen Zelt sollen während der Dauer der Ausstellung Filmvorführungen stattfinden und scheinbar Anhalts aus dem Anwendungsgebiete der Elektrizität stattfinden. Dem Klein- und Handwerker soll die besondere Ausstellung der „Elektrizität im Gewerbe“ vor allem veranschaulichen, daß das Handwerk nicht nur Handarbeit, sondern auch Maschinenarbeit verwenden muß, wenn es sich in seiner freien Eigenart neben der Großindustrie behaupten will. Die gesamte Ausstellung wird viel Interessantes und Lehrreiches bieten; es kann daher der Besuch allen Interessierten bestens empfohlen werden.

Zum Mord in Klein-Moschorn.

Der Polizeibericht meldet: Die fortgeschrittenen Ermittlungen in der Mordfahne Michling, Klein-Moschorn, haben nunmehr zu einem greifbaren Resultat geführt. Am Tatort wurden seinerzeit von der Mordkommission Spuren des Täters festgestellt. Sie wurden vom Erkennungsdienst der Kriminalpolizei gesichert und ausgewertet. Es ist jetzt gelungen, sie in Verbindung zu einer bestimmten Person zu bringen. Ein Oberquartier der Berliner Kriminalpolizei (Erkennungsdienst) hat das hiesige Ermittlungsergebnis in vollem Umfang bestätigt und zum Ausdruck gebracht, daß die festgestellten Spuren den unumstößlichen Beweis dafür erbringen, daß sie von dem verdächtigsten Person herrühren.

Auf Grund des vorliegenden Materials wurde am Dienstag, den 19. April, gegen den Fahrstuhlführer Max Rohmann — 26 Jahre alt, bei seinen Eltern in Klein-Moschorn wohnhaft — vorgegangen. Er wurde in Kasowitz bei Oslaw festgenommen und in das hiesige Polizeigefängnis überführt. Er bestritt zwar die Tat, kann aber für die ihm vorgehaltenen Beweise keine Erläuterungen abgeben. Sein Alibi für die Zeit, in der die Tat geschah, ist nicht nachweisbar.

Als Motiv zur Tat kommt jedenfalls die Erlangung von Mitteln für die bevorstehende Hochzeit, die inzwischen erfolgte, in Betracht. Wenn auch allgemein bekannt war, daß Frau Michling arm war, so schwebten doch eugenidisch Aufwertungsfragen, aus denen ihr eine größere Summe in naher Aussicht stand. Vielleicht hat der Täter geglaubt, daß die Auszahlung des einen oder anderen Betrages bereits erfolgt sei. Dies ist aber nicht der Fall. Soweit festgelegt werden konnte, ist der Ermordeten ein Barbetrag von 5 Mark gestohlen worden.

Rohmann wird heute dem Gericht zugeführt.

Auslands-Korrespondenz.

Dem Zuge der Zeit Rechnung tragend, hat sich ein Komitee gebildet, das jedwede Nachrichten-Einholung vom Ausland gewissenhaft erledigt. Die Parteigenossen mögen davon ausgiebig Gebrauch machen, weil ihnen hiermit erstmalig die Gelegenheit geboten wird, auch ohne Kenntnis der jeweiligen Fremdsprache mit ausländischen Genossen und Arbeitskollegen in persönlichen Verkehr zu treten. Jeder möge seine Empfindungen fürs Ausland ins Reine bringen, indem er selbst die Verhältnisse prüft, brennende Fragen der Gewerkschaft, der Partei, allgemeiner Wirtschaftsprobleme, Gesellschaftliches oder aber auch geistliche Verbindungen einer objektiven Betrachtung unterzieht. Diese keine Mühe wird ihn ganz bestimmt vor einem Beschluß bei Beurteilung einer ausländischen Frage bewahren. Der leitende Gedanke des Komitees ist idyllischer Natur und schließt jede materielle Entschädigung für die Vermittlung aus. Alle Motive entspringen unserem Kampfsatz: „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ Jeder, der also eine Frage an einen ausländischen Genossen hat, eine Zeitung, eine illustrierte Karte ausstatten oder sich als Internationalist betätigen will, schreibe seine Angelegenheit in gut leserlicher Schrift an das Uebersetzungsbüro. Man füge aber dem Brief 30 Pfennig in Briefmarken bei, denn 25 Pfennig werden gebraucht für den ins Ausland gehenden Brief und 5 Pfennig werden benötigt, um dem Absender wieder die aus dem Ausland kommende Antwort zukommen zu können. Der Briefwechsel geschieht also wie folgt: Der Briefschreiber schickt seine Angelegenheit an den Uebersetzer und legt in diesen Brief für 30 Pfennig Briefmarken. Der Uebersetzer öffnet den Brief, entnimmt ihm das Textblatt und übersetzt es. Jetzt sucht er in seinem reichhaltigen Adressenmaterial einen kompetenten ausländischen Genossen, an den er nun den übersetzten Brief des deutschen Genossen adressiert. Er macht ihn mit 25 Pfennig frei (als durchgängigen Satz für einen Auslandsbrief) und sendet ihn ab. Sobald die Antwort aus dem Ausland nun beim Uebersetzer eingelaufen ist, wird er hier geöffnet, überprüft und unter Beifügung des Originalbriefes sowie des Urtextes des deutschen Genossen diesem sofort zugestellt. Dazu dienen jetzt die vorher übriggebliebenen 5 Pfennig als Porto. Wohnort der Genosse außerhalb von Breslau, so müßte er 35 Pfennig an das Uebersetzungsbüro schicken, da dies zum Zurücksenden je 10 Pfennig Porto benötigt. Ordnungsmäßiges Franchieren, sowie Beifügen der hier angegebenen Kartenzahl ist unbedingt notwendig, da sonst nichts unternommen werden kann. Ebenso ist bei jeder Anirage Nachporto beizufügen. Die Uebersetzungsarbeiten werden geleitet vom früheren Korrespondenten des Deutschen Arbeiter-Sperantisten-Bundes und gewähren größte Originalität. Alle diesbezüglichen Anträge sind zu richten an W. Keller, Breslau 16, Pflaumenstraße 24.

Der Anzug von der Stange.

Ein Weg der Entwicklung.

Heute wie anno 1727 gibt es besondere Stätten für die Anfertigung der männlichen Bekleidung. Da dient in engem Raum der ehrsche Meister zunächst allein der Kunst des Gewandmachens. Es war vielleicht ein Dorf, eine Stadt, die ihm Arbeit und Erwerb bot. Der Sturmwind der Entwicklung letzte ein, Maschinen und Maschinen wuchsen aus der Enge heraus, Schöpfung Lebens- und Kleidungsbedürfnisse mit wachsender Bevölkerungszahl, höhere Ansprüche im Verbrauch... zu viel Arbeit für unseren Meister. Da fand er Hilfstkräfte im Menschen und durch die Maschine.

Des Menschen Geist und Lauffähigkeit lenkte die Arbeit des Bekleidungsarbeiters in neue Bahnen. Hatte man das Kopfmess längt auf einen halben Zentimeter errechnet, so mußten sich auch bei den übrigen Körpermaßen Ueberspannungen finden lassen. Man gliederte den normalen Körperbau in eine Größenkala, der jeder die Gliederung der besonderen schalteten, unterlegten oder loszulassenen Größen folgte. Es ergab sich daraus ein umfangreiches, aber äußerst feinmehliges Zahlensystem. Nicht von selbst wurden diese Zahlen lebend. Hohes handwerkliches Können, Erfahrung, tiefes Können, erdachte Maschinen, gewaltige Säle taten sich auf... moderne Bekleidungsanstalten. Statt der Schere führte der Meister mit ebenso sicherer Hand den Hebel der Maschine, die nicht einen, sondern zugleich zehn Zuschnitte lieferte. Es waren keine Schnittleiste, eine wie der andere, vollendet, modern. Immer neue Hebel ersah die Technik... der Meister aber blieb ihre Führung. Sein Geist formte und durchdrachte das Produkt seiner Hände, die doppelte und zehnfache schaffend waren. Maschinen blieben ihm nur Hülf. So ist es noch heute. Unter Führung der tüchtigsten Fachleute regen sich tausende fleißiger Hände, um nach all-

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:

Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telefon Nr. 1032

Abteilungsleiter. Material zur Delegiertenwahl am Sonntag 16. ab Freitag, den 22. April, vom Sekretariat abholen.

Jugendgruppen. Sonntag wird Genosse U. D. W. bei uns über: „Bei der Arbeiterjugend in Moskau und Leningrad“ sprechen. Wir sind an diesem Abend im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, Dienstag haben wir einen Mederabend.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Ordnungsamt. Freitag, den 22. April, abends 8 Uhr, bei Bedauer, Gabelstraße, Mittelschulversammlung. Tagesordnung: Referat des Kameraden, Landtagsabgeordneten W. L. z. r. über: „Ist die Republik in Gefahr?“. Die Abteilungen sollen teilnehmen, wie folgt:

Abteilung West: 7 1/2 Uhr abends, ab Nachttag, Nord: 7 1/2 Uhr, Gneisenauplatz, Süd: 7 1/2 Uhr, Mühlentempel, Ost: 7 1/2 Uhr, Reichshaus.

Abteilungsversammlung, desfalls keine Kameraden. Abteilungsleiter. Zur Arbeit nach Pöhlerturm am Sonntag, den 24. April, gegen 10 Uhr. Kameraden, die der SPD angehören, wird zur Arbeit gemacht. Vorher über Wahlpolitik zu sprechen. Sonntag, den 24. April, vormittags 9.50 Uhr, Café Augustus und Göttschallstraße, schriftlich. Nummer 11 (Heuter). Freitag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, Eintreten bei Hartweg, Reichshaus.

Sozialistische Arbeiterinnend.

Sprechstunde. Heute abend letzte Probe im Heiligen-Geist-Gymnasium. Alles muß unbedingt erscheinen. Halbtagskassenmitglieder. Heute 8 Uhr Sitzung in der Fürstenschule. Bitte 5. Alles bringt Freitag den Beitrag für April ins Heim, pünktlich um 1/8 Uhr erscheinen.

Monistische Jugend.

Heute abend 8 Uhr ist unser Heimabend. Instrumente sind mitzubringen. Die Teilnahmehörer werden den Bericht über die Chertagung geben.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Gruppe 2. Wir sind heute alle pünktlich im Heim zu der Mittelschulversammlung, die am vorigen Donnerstag ausfallen mußte. Ihr müßt aber unbedingt alle erscheinen, da wir die Anwesenheit vorsehen müssen und noch andere wichtige Sachen zu erledigen haben. Dann bringt das Kinderfreund-Geld mit. Auch das Spargeld für unsere Ferienwanderung bringt mit.

Arbeiter-Samariter!

Die Funktionäre treffen sich heute, Donnerstag, 1/8 Uhr, vor dem Gebäude der A.O.R., Vestingstraße.

Geschäftliches.

Der gute Ruf des Tages zur Bekämpfung von rheumatischen und Nervenschmerzen findet sich nunmehr auch in einigen klinischen Berichten bestätigt, die täglich in der medizinischen Presse erscheinen. In objektiver Weise werden verschiedene Fälle von Rheuma, Wund- und Nervenschmerzen beschrieben, in denen Tagesganz vorzügliche Dienste leistete. Das Tagesganz scheint danach bei den in Betracht kommenden Krankheiten von großem Nutzen zu sein.

Bereinstalender.

Marginalische Arbeitsgemeinschaft. Heute, Donnerstag, den 21. April, spricht Genosse Dr. Carl Heilig über: „Ziel und Wege der Arbeiterbildung“. Beginn pünktlich 8 Uhr. Rathaus der Gewerkschaften, Talschloßstraße, Gäste willkommen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, im Büro-Sitzungszimmer: Berammlung der Bekleidungsarbeiterinnen jeder Art zur Beratung der eingeleiteten Lohnforderungen.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses die Vorstanderversammlung der Funktionäre statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Ausweiskarte und Mitgliedsbuch (Nachkontrolle) bereitzlegen zum Eintritt. Die Ortsverwaltung.

Reichstagsabgeordneter Wilhelm Dittmann

spricht am Mittwoch, 27. April, abends 8 Uhr, im Schiefwerderaal, über:

„Der Matrosenmord von 1917“.

In der Versammlung sind anwesend und werden sprechen die seinerzeit zu Tode verurteilten Matrosen Weber und Becker. Parteigenossen, macht überall auf diese ganz außergewöhnliche Versammlung aufmerksam!

Bewährten Gehehen und modernsten Arbeitsmethoden... Konfektionsanläge zu erstellen.

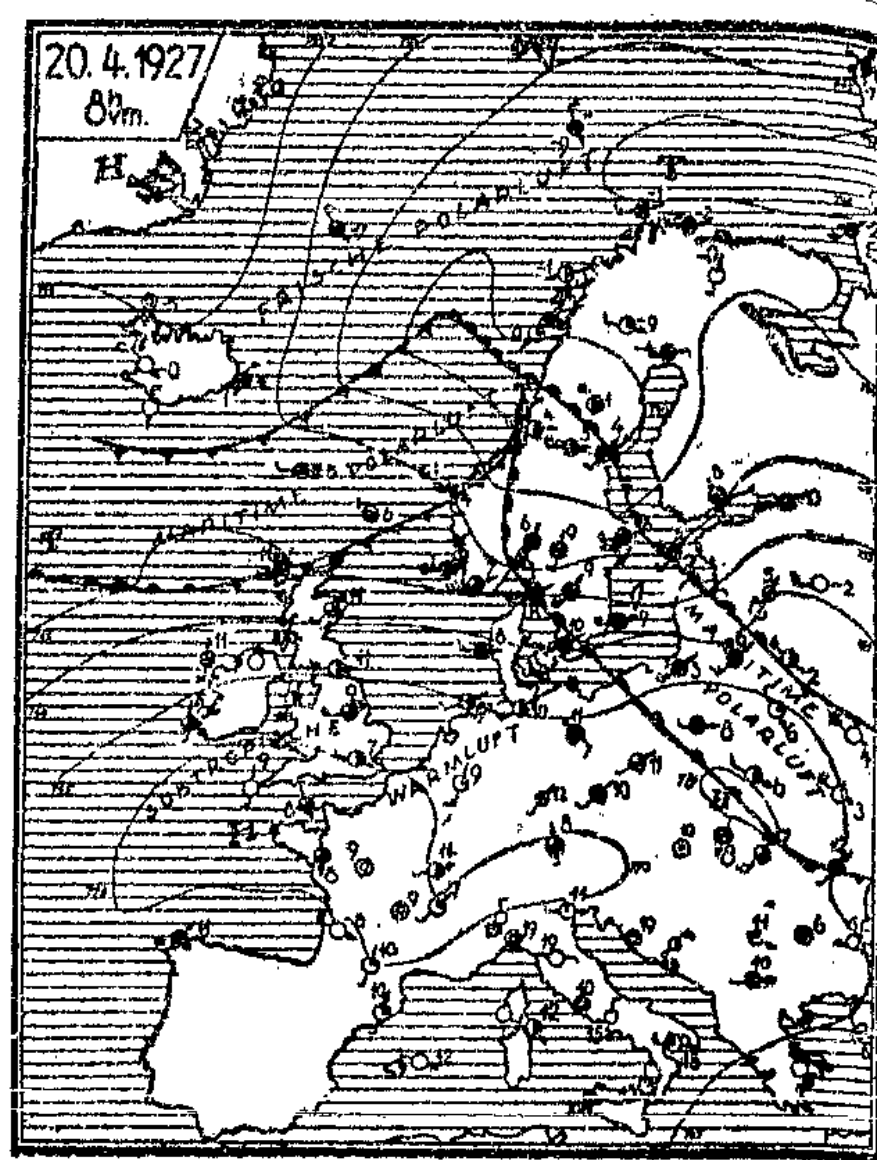
Wir finden sie wieder im Konfektionsgeschäft. Da hängen sie auf der Stange, Zeugnis gebend für eine hochentwickelte deutsche Bekleidungsindustrie. Sie bedeuten einen Kleiderbedarf von heute auf morgen. Für jede Figur, für jeden Geldbeutel, für jeden Geschmack ist ein gutstehender Anzug allzeit bereit. Das ist Fortschritt, der auch seine Wertung gefunden hat. Vertreter aller Klassen, aller Stände tragen heute einen Anzug von der Stange, das vollendete Werk des Meisters der fortschreitenden Technik.

Grundsteinlegung.

Am Donnerstag voriger Woche fand auf dem Grundstück des Israelitischen Krankenhauses, Hohenzollernstraße 96, die feierliche Grundsteinlegung für den Neubau des Röntgeninstituts „Rathau-Dittauer-Stiftung“ statt. Der Vorsitzende des Vorstandes der Israelitischen Kranken-Versorgungs-Anstalt, Kaufmann Adolf Dittauer, hob in einer Ansprache die Hochherzigkeit des Stifters, Herrn Julius R. Dittauer in New York hervor, der dem Krankenhaus zum Andenken an seinen in Breslau geborenen Vater, Rathau Dittauer, die Mittel für die Errichtung des Instituts zur Verfügung gestellt hat. Nachdem der Wortlaut der über die Grundsteinlegung aufgenommenen Urkunde verlesen war, wurde die in einer Kupferhülle eingeschlossene Urkunde durch Herrn Dittauer in den Grundstein verlesen und dieser dann durch eine Gesteinsplatte verschlossen. Frau Justizrat Paula Dittendorfer, die auf ihrer kürzlichen Amerikareise den hochherzigen Stifter in New York besucht hatte, überbrachte dessen Grüße und Segenswünsche für die Errichtung des Baus.

Das neue Röntgeninstitut wird als Anbau an das bisherige Krankenhaus an der Nordseite errichtet. Es wird im Kellergeschoss Aufnahmungsräume für Platten und sonstige Materialien, einen Demonstrationsraum und eine Transformator-Station für den Betrieb der Röntgenapparate enthalten. Im Hochparterre werden zwei Röntgenzimmer mit Hochleistungs-Diagnostik-Apparaten, ein Endoskopzimmer, Dunkelkammer und alle erforderlichen Bedienung-Apparate und Vorrichtungen, in der ersten Etage werden ein weiterer Diagnostik-Apparat, die Abteilung für Therapie und für elektromedizinische Apparate, für Diathermie, Höhensonne, Sollarlampen, Bierkellerei usw., nebst den hierzu erforderlichen Apparaten und Bedienungsmitteln untergebracht. Im Dachgeschoss soll ein photographisches Atelier, sowie Wohnungen für Röntgenassistentinnen und Schwestern Unterkunft finden.

Das neue Institut wird dank der Hochherzigkeit des Stifters mit den modernsten Apparaten für Röntgen-Diagnostik und Behandlung ausgestattet werden, wie auch bei dem Bau die vollkommensten Vorrichtungen für Strahlenschutz zur Anwendung kommen. Auch ein transportabler Röntgenapparat, der sowohl im Operationsaal wie in allen Krankenzimmern Verwendung finden kann, soll angeschafft werden. Das neue Röntgeninstitut wird der Leitung eines erfahrenen Fach-Röntgenologen unterstellt und ist die Errichtung des Instituts für Oktober d. J. in Aussicht genommen.



Antlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums

Kriestern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.) Mit der Strömung 101 gelangten wir in den Bereich feuchter und mitteleuropäischer Strömung. Die Temperaturen sind daher in Mitteleuropa vielfach über 20 Grad angeiegen. Eine weitere Eisung 10 C liegt vom Norden der britischen Inseln östwärts nach Süd- und Nordost. Sie dürfte vorübergehend leichte Niederschläge, zum Teil mit Gewittern, und später Abkühlung bringen.

Aussehen für das schlesische Flachland:

Bei westlichem Winde mäßig bis heiter, nur ganz vereinzelt geringe Regen, nach 1/8 mild.

Aussehen für das schlesische Mittelgebirge:

Früher West, mäßig bis heiter, nur ganz vereinzelt geringer Regen, nach 1/8 mild.

Aussehen für das schlesische Hochgebirge:

Bei starkem West neblig, bewölkt, nach 1/8 mild.

Letzte Wetternachrichten.

Datum:	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Wolken %
	heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min.				
21. 4. 27.							
Grünberg	10	19	8	Regen bedeckt	WSW 6	0,3	
Willy	11	18	8		WSW 6		
Lobitz, Kr. Jauer	9	18	7	mäßig	WSW 3		85-100
Bad Müllenberg	1	9	0		WSW 4		
Deuselbacher	8	14	7	bedeckt	WSW 4		
Ober-Schreibers	8	7	3	mäßig	WSW 3		100
H. Schell, Waude	1	6	1	Regel	WSW 6		100
Hellsteden	1	17	8	bedeckt	WSW 6		185
Schneefuppe	1	17	8	mäßig	WSW 6		
Diedorf	11	18	9	bedeckt	WSW 6		
Kriestern	11	18	9		WSW 6		
Jahde	10	16	9	mäßig	WSW 7		
Bad Salzbrunn	8	17	7	bedeckt	WSW 3		
Kriestern (Breslauer)	8	15	8		WSW 6	gering	
Dand	10	15	8		WSW 6		
Reichenheim	10	18	9	bedeckt	WSW 6		
Hohenberg	10	18	9	bedeckt	WSW 6		
Helle	11	18	10		WSW 2		
Krositz	11	18	10		WSW 5		
Krositzburg	10	16	8		WSW 5		
Stelmik	10	16	8		WSW 2	gering	
Beuthen	10	15	8	mäßig	WSW 4		

* Silberhochzeit feiert heute der Metallarbeiter Erwin G. anisch, Kohlenstraße 13, mit seiner Frau Wally, geb. Schmidt. Die „Vollsmacht“ ist ebenfalls seit 25 Jahren im Hause. Unsere besten Glückwünsche für die Zukunft!

* Silberhochzeit feierte am 19. April der Tischler Karl Hoffmann und seine Ehefrau Klara, Bergmannstraße 14. Die „Vollsmacht“ ist während der ganzen 25 Jahre in der Familie. Wir gratulieren herzlich.

* Gewerkschaftshaus-Diagnostik. Nach vierzehntägiger Pause beginnen heute abend 8 und 10 Uhr wieder die Filmvorführungen des Arbeiter-Sportartells mit einem ausgewählten Programm, zu welchem Kinder Zutritt haben. Man beachte, bitte, das heutige Inerari.

* Einen öffentlichen Lichtbildervortrag über: „Die gesunde Großstadt“ hält im Auftrage der Volkshochschule Oberregierungsrat und Oberbaurath Schierer Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Rathiasgymnasiums, Schulstraße 37. Den Abend untrahmt das Volkshochschulorchester unter Leitung von Seminaroberlehrer Wilhelm Osburg mit Musik. Der Eintritt ist frei. Gäste sind willkommen.

* Von den literarischen Kursen der Volkshochschule sei besonders hingewiesen auf den Kursus „Meisterwerke Karl Hauptmanns“, den Frau Klara Ward regelmäßig Dienstag halten wird, und in dem einige Hauptwerke des verdienstvollen Dichters in gemeinsamer Lektüre durchgenommen werden sollen.

* Erster Ziehungsstag Preussische Sächsische Klassenlotterie. Wie uns die Lotteriebahn Dresden, Breslau 5, Cahaus-Lauenzenplatz 1, mitteilt, wurden folgende Gewinne gezogen: 100 000 Mark bei Nr. 270 265; 50 000 Mark Nr. 294 410; 5000 Mark Nr. 340 270; 3000 Mark Nr. 233 218; 2000 Mark Nr. 60 850; 136 783; 323 692; 1600 Mark Nr. 109 457; 223 404; 264 229; 275 992; 800 Mark Nr. 2731; 2809; 4691; 4732; 10 684; 157 304; 172 454; 227 790; 259 231; 286 488; 314 419; 325 921.

* Die Feuerweh wurde gestern kurz vor 5 Uhr und kurz nach 5 Uhr aus großem Anflug nach Morgenau und nach Fierzgartenstraße, Ecke Marienstraße, alarmiert. Gleichzeitig fand ein Alarm nach Brigittenstraße statt. Hier hatte auf dem Vorboden, wahrscheinlich durch unachtsames Bewerfen eines Zigarrenrestes, eine Bettstelle mit Matratze und Strohhalm gebrannt. Abends kurz nach 9 Uhr erfolgte ein Alarm nach R. a. l. i. z. a. z. e. 44, es handelte sich aber nur um zündgedrückten Rauch.

Hand- und Kopfarbeiter!
Dergeht nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werden!

Aus Schlessen.

Der Oberschlesische Bezirksparteitag.

Am Karfreitag fand in Randbrin der ober-schlesische Bezirksparteitag statt, zu dem Genosse Reichstagsabgeordneter Stellung als Referent für das Thema „Wirtschaftliche Not und politische Reaktion“ und Genosse Kowoll-Katowik als Gast in Vertretung der deutsch-polnischen Bruderpartei erschienen waren. Einen breiten Raum der Beratungen nahmen die organisatorischen Fragen ein. In seinem politischen Referat besahe sich Genosse Stellung eingehend mit wirtschaftspolitischen Fragen und setzte sich mit der Politik des Bürgerblocks auseinander. Insbesondere griff der Referent die Kürzung der für Kanalbauten vorgesehenen Mittel, die sich in der Zurückstellung der ober-schlesischen Projekte auswirken muß und die unbefriedigende Regelung der Rentenverpflichtungen an. Im Verlaufe der Debatte wurde eine Entschließung eingebracht und angenommen, in der unter Hinweis auf die Wirtschaftslage und die aus ihr resultierende große Arbeitslosigkeit die Parteistellen die Resolution gegen die Haltung der Unternehmer in Lohn- und Arbeitsfragen die in Oberschlesien, Handelskrieg und Grenzziehung, zum Vordringlichen die Ablehnung jeglicher Forderungen der Arbeiterpartei nehmen und fordert die ober-schlesischen Arbeiter zum gewerkschaftlichen und politischen Zusammenschluß auf, damit auch in Oberschlesien menschenwürdige Zustände geschaffen werden. Der nach der Aussprache von Genossen Kühn-Doppelin gegebene Geschäftsbericht zeigte eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung der Partei in Oberschlesien. Nach dem Bericht der Pressekommissionen und der Neuwahl der Funktionäre wie der Wahl der Delegierten zum Kieler Parteitag, schloß Genosse Hanke mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, dem auch der gemeinsame Gesang der Internationale folgte, die gut verlaufene Tagung.

Schlusstagung der schlesischen Lehrerverammlung. Einführung der Grundschule in Oberschlesien gefordert.

Die Hauptversammlung am Mittwoch fand ihr Ende in Anwesenheit zahlreicher Behördenvertreter nach einigen sachlichen Nebenveranstaltungen und Tagungen. Nach einem Referat des Vorsitzenden, Aktors Kapusta, Ansprachen des Behörden- und des Regierungsvertreter, Regierungsrat Biewald, sowie einem Referat des Seminar-Direktors Kempinski wurde eine von Lehrer Kuhnmann-Katowik begründete Entschließung angenommen, in der die Aufhebung der Sperre des Grundschulgesetzes in Oberschlesien gefordert wird. Es folgte zum Schluß ein Vortrag des Generalsekretärs Toms-Berlin über den Grundgedanken der Selbstverwaltung und seine Anwendung auf die Schule.

Polnischer Einspruch gegen den deutschen Kandidaten für die Gemischte Kommission.

Wie aus Katowik gemeldet wird, hat die polnische Regierung gegen die Ernennung des von der deutschen Regierung an Stelle Dr. Lufasch vorgeschlagenen Mitgliedes der Gemischten Kommission, van Hulen, Einspruch erhoben. Begründet wird der Einspruch mit angeblich zu geringer Kenntnis der ober-schlesischen Verhältnisse und seinen engen persönlichen Beziehungen zu Dr. Lufasch. Die Entscheidung über diesen Einspruch liegt bei dem Präsidenten der Gemischten Kommission Calonder.

Gegen die militärischen Übungen der vaterländischen Verbände.

Die „Hoyerswerdaer Nachrichten“, amtliches Kreisblatt für den Kreis Hoyerswerda, machten am 16. Oktober 1926 bekannt, daß die vaterländischen Verbände, „Jungdeutscher Orden“, „Stahlhelm“, „Wermolt“ und „Scharhorst“, am 10. Oktober 1926 unter harter Beteiligung aus den Drischaffen von Hoyerswerda eine Geländeübung größeren Stils durchgeführt hätten. Es war das Gelände des sogenannten Kühnicher Teichs gewählt worden. Die Angriffsarmee (Blau) hatte die starke Verteidigungskstellung an den Teichen der Arme (rot) zu erfüllen mit dem weiteren Ziel, den Feind im Dorfe Kühnisch einzuschließen. Der Plan sei auch vollkommen gelungen. Der Eifer der Mannschaften bei den einzelnen Kampfphasen wäre vorbildlich gewesen. Um 1 Uhr mittags erfolgte dann unter Vorantritt der Stahlhelm-Kapelle Hoyerswerda der Abzug der nunmehr friedlich vereinigten Streiter von Kühnisch nach Hoyerswerda.

Es hat sich also um eine reguläre militärische Geländeübung in der Gegend der Gemeinde Kühnisch gehandelt. Der zuständige Amtsvorsteher, nämlich der staatliche Forstsekretär in Kalkenbach-Hoyerswerda und der Landrat in Hoyerswerda müssen von dieser militärischen Übung gewußt haben, denn Beamte der Landjäger waren bei dieser Übung zur Stelle, so z. B. der Oberlandjägermeister Weiß aus Hoyerswerda.

Die Republikanische Beschwerdestelle E. W., Berlin, nahm in diesem Fall Veranlassung, den zuständigen Regierungspräsidenten in Liegnitz beschwerdeführend darauf aufmerksam zu machen, daß diese militärischen Übungen der vaterländischen Verbände verboten und mit großen Gefahren für die friedliche und staatsreue Bevölkerung verbunden sind. Der Regierungspräsident teilte der Beschwerdestelle am 26. November mit, daß ihm der Vorfall im Kreise Hoyerswerda schon gemeldet worden war und er dem Oberpräsidenten in Breslau hierüber berichtet habe. Nach Eingang der Antwort des Oberpräsidenten wurde der Republikanischen Beschwerdestelle dann folgender Bescheid erteilt:

„Zum Schreiben vom 4. Dezember 1926 betreffend die Geländeübung der vaterländischen Verbände im Kreise Hoyerswerda. Ich habe im Sinne des neuen Erlasses des Herrn Ministers des Innern vom 8. Januar 1927, Z. G., 2200 Vorkehrungen getroffen, um ähnliche Übungen in Zukunft überall zu verhindern.“

Gegen der Notiz in den „Hoyerswerdaer Nachrichten“ weiteres zu veranlassen, erübrigt sich, da nach dem vorgenannten Erlass eine Wiederholung derartiger Übungen nicht mehr vorkommen dürfte. gej. Dr. Poeschl.

Hochwasser.

Das Hochwasser hat in Schlessen einen bedrohlichen Charakter angenommen. In der regelmäßig vom Hochwasser heimgesuchten Gegend Mittisch-Tagenberg sind die Frühjahrssaatens zum Teil vernichtet. Der Verkehr zwischen den einzelnen Drischaffen wird hier vielfach durch Röhre aufrechterhalten. Im Bruch bei Frankfurt a. O. haben sich die Schleusentore der Ober automatisch geschlossen. Büchen, Wiesen und Weiden stehen vollkommen unter Wasser. Die Frühjahrsbefestigung mußte ausgeführt werden. Infolge der Regengüsse der letzten Tage hat die Reihe Hochwasser. Der Wasserstand in den letzten 24 Stunden ist von 1,70 auf 2,20 Meter gestiegen. Auch die Raabach führt Hochwasser.

Die Standarte der Landwehr.

Durch Runderlach des Reichlichen Innenministers wird als Dienstflagge der Landwehr, für die Dienstautos, bestimmt, ein Wimpel von 20 : 80 Zentimeter vorgeschrieben, der im weichen Gelbe den preußischen Adler zeigt und von einem 1,5 Zentimeter breiten schwarzen Streifen eingefaßt ist.

Konkurrenz und Geschäftsaufsichten in Schlessen.

Die Zahl der Konkurrenz und Geschäftsaufsichten ist zwar keine unbedingt sichere Handhabe zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage eines Landes, läßt aber doch wertvolle Schlussfolgerungen zu. So sehen wir in der allgemeinen Entwicklung der Konkurrenz zahlen, wie sie sich aus der preußischen Statistik ergeben, beispielsweise eine nicht unerhebliche Zunahme der Konkurrenz in den Jahren 1925/26 gegenüber der Ziffer von 1914, was zum Teil auf die Auswirkungen der Stabilisierung, zum Teil auf die fort-dauernde Wirtschaftskrisis und bis zu einem gewissen Grade auch auf den infolge der Nationalisierung verstärkten Konkurrenz-kampf zurückzuführen sein dürfte. Man zählte in Preußen:

Jahr	Konkurrenz	Geschäftsaufsichten
1924	5754	—
1925	8650	3653
1926	8812	4457

Eine, wohl durch die Auswirkungen des deutsch-polnischen Handelskrieges bedingte, schlechtere Entwicklung zeigen dem gegenüber die entsprechenden schlesischen Ziffern:

Jahr	Konkurrenz	Geschäftsaufsichten
1924	592	—
1925	827	521
1926	902	795

Da die Vierteljahrsziffern eine abnehmende Tendenz in den letzten Quartalen aufweisen, ist anzunehmen, daß das Jahr 1927 ein günstigeres Bild bieten wird.

Altschilde. Die Bestrahlung. Gestern mittag erschloß der 26 Jahre alte Uhrmacher Hubert Hoffmann die 28 Jahre alte Hausgehilfin Ida Hauffen und verletzte sich selbst durch einen Kopfschuß schwer. Aus hinterlassenen Briefschaften geht hervor, daß es sich um einen Selbstmord mit beiderseitigem Einverständnis handelt. Der Täter wurde in das Krankenhaus in Reinerz eingeliefert.

Rubowa. Ueber das Befinden der Opfer des schlesischen Autounfalls wird mitgeteilt, daß sich nach drei Schwerverletzten in ärztlicher Behandlung befinden, bei denen nunmehr die Aussicht besteht, sie am Leben zu erhalten. Es bleibt somit bei sieben Todesopfern. Eine Anzahl der anderen Verletzten werden aber dauernd zu leiden haben, einige ihrem Berufe nicht mehr nachgehen können. Durch das Unglück haben verschiedene Familien ihren Ernährer verloren. Für alle Verunglückten ist eine Hilfsaktion eingeleitet worden, nachdem bereits die Firma Christian Dierig unmittelbar nach dem Unglück Barmittel für die Hinterbliebenen und Angehörigen der Opfer des Unglücks bereitgestellt hatte. An dieser Hilfsaktion beteiligen sich auch der Kreis und die umliegenden Gemeinden.

Dangenberg. Nieder-schlesische Krankenkassen-tagung. Der Bezirk Niederschlesien im 1722 Krankenkassen mit 10,1 Millionen Mitgliedern umfassenden Hauptverband Deutscher Krankenkassen trat hier zu einer Vertreterversammlung zusammen. Eine angenehme Entschleunigung fordert von der Regierung Maßnahmen gegen die Bildung kleiner und kleinster Krankenkassen.

Steschitz. Sechsbündel in den Ostertagen. Am Brunnenberg stürzten vier Personen, eine Familie aus der Tschepelowabek und ein begleitender Reichsdeutscher, in den Aupokelstel ab. Sie fielen auf Euberschnee und kamen mit dem Schrecken davon. Ein anderer Unfall am Melzergrund hatte tagegen für den Schüler Gomer aus Breslau einen Lebensbruch und andere schwere Verletzungen im Gefolge. Der Verunglückte wurde in das Angsdorfer Krankenhaus gebracht.

Jauer. Schwerer Autounfall. Am Mittwoch ereignete sich auf der Chaussee am Langen Berg bei Jägerdorf ein schwerer Autounfall. Eine Jäuersdorfer Hochzeitsgesellschaft war nach Jauer gefahren. Auf der Rückfahrt überholte der zum Personentransport hergerichtete Lastkraftwagen einen mit Heu beladenen Wagen, dessen Ladung mit Stangen besetzt worden war. Bei der Ueberholung wurden zwei auf dem Lastkraftwagen stehende Mädchen beim Vorbeifahren von den Stangen getroffen. Dem einen Mädchen wurde der Kopf zertrümmert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das zweite Mädchen, Helene Herrmann aus Jäuersdorf, wurde schwer verletzt. Die Mädchen wurden ins Kreis-Krankenhaus geschafft.

Steinlich, Kreis Hoyerswerda. Ein Fuhrwerk vom Zug zertrümmert. Der Fuhrwerksbesitzer Kadur aus Dedmannsdorf hatte am Abend sein Fuhrwerk auf der Chaussee halten lassen und war zu Besorgungen in das Haus des Wirtschaftsbefähigten H. A. S. K. jenseits der Bahnstrecke Lauban-Mark-Lissa gegangen und sprach beim Weggehen mit der Besizerin, worauf das Pferd, als es seine Stimme hörte, den Wagen über das Gleis zerrte. In diesem Augenblick kam der Zug heran und zertrümmerte den Wagen vollständig, während das Pferd sich losriß und davonstürmte.

Görlitz. Tödlicher Autounfall. Dienstag nachmittag wurde ein 12jähriger Schüler von einem Privatauto beim Ueberqueren einer Straße angefahren. Er kam zu Fall und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Der Verunglückte ist heute nacht seinen Verletzungen erlegen. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Kreuzburg. Schadenfeuer. Durch das taktkräftige und schnelle Eingreifen der hiesigen und einiger auswärtiger Feuerwehren konnte am Dienstag ein bei dem Bäckermeister Graeh ausgebrochener Brand nach einstündiger Arbeit erloscht werden. Der entstandene Schaden durch das Abbrennen des Dachstuhles ist durch Versicherung gedeckt. Die Ursache des Brandes konnte nicht ermittelt werden.

Katowik, Kreis Falkenberg. Tragischer Todesfall. Der hiesige Schmiedemeister Kuznik wollte einen abfahrenden Zug, der ihn zu seiner Braut nach Breslau bringen sollte, noch erreichen und lief unter Aufbietung aller Kräfte zum Bahnhof. Er erreichte zwar sein Ziel, wurde aber sofort nach dem Einsteigen infolge der gemachten Anstrengung von Unwohlsein befallen und brach bei der Station Schwiedlow tot zusammen.

Sosnowitz, Oberschlesien. Schwere Bluttat. Am Oster-Sonntagnachmittag kam es hier auf der Ulica Dluga zu einer schweren Bluttat. Die Handwerker Wymiel, Radzicki und Szewczyk waren mit zwei Männern in Streit geraten, welche die Braut und die Schwester des Wymiel durch höhnende Zurufe auf der Straße beleidigt hatten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden die beiden Juristen Kaminski und Journalist durch Messerstiche schwer verletzt und Journalist durch einen Stich des Wymiel, der die Halschlagader verletzte, getötet.

Wymiel flüchtete, wurde aber von der Polizei nach kurzer Zeit ermittelt und hat nach anfänglichem Weigern die Tat zugegeben. Die Verurteilung an der Messerstiche Beteiligten sind ebenfalls verhaftet.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Kraftpost Deutsch-Lissa-Kirschberg.

Die Deutsche Reichspost eröffnet am 1. Mai eine neue Kraftpostlinie von Deutsch-Lissa über Maderau nach dem Kirschberge. Damit wird einer der landwirtschaftlich schönsten Teile des Kreises Neumarkt, der insbesondere von Ausflüglern aus Breslau viel und gern besucht wird, durch eine angenehme Verkehrsverbindung erschlossen. Die Kraftpost verkehrt vorläufig Mittwoch, Sonnabend und Sonntag im Anschluß an die Nachmittagszüge von Breslau. Fahrpläne der Kraftpost hängen an den Bahnhöfen aus. Die Leitung des Betriebes hat das Postamt in Deutsch-Lissa, an das auch Bestellungen auf Sonderfahrten zu richten sind. Es liegt im allgemeinen Belange, daß die Verbindung recht zahlreich benutzt wird, da nur dann mit einem weiteren Ausbau der für den Breslauer Ausflugsverkehr so wichtigen Linie gerechnet werden kann.

Olshain, SPD. Heute, Donnerstag, den 21. April, abends 7 1/2 Uhr, findet bei Schattmann eine wichtige Partei-Mitglieder-versammlung statt. Unbedingtes und vollzähliges Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht. Redner: Gemeindevorsteher Genosse Kleiner.

Katzen, SPD. Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Güttler eine wichtige Partei-Mitglieder-versammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. Redner Genosse Schiffer.

Wilschau, Sozialdemokratische Partei. Sonnabend, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal Schulte, wichtige Partei-Mitglieder-versammlung. Da dringende Fragen zu beraten sind, ist vollzähliges Erscheinen erforderlich. Referent Genosse Janke-Neutrich.

Neumarkt. Die Meislerkommission tagte in Anwesenheit sämtlicher Vertreter am Karfreitag, um die Vorbereitungen für den Festtag der Arbeiterklasse zu treffen. Nach einigen einschließenden Worten des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei wurde dann folgendes Programm festgelegt: Nachmittags 2 Uhr: Anreisen zum Umzug, Sammelplatz: Garten „Zum gelben Löwen“. Die Marschmusik wird von Mitgliedern des Reichsbanners und der Schallmeintapelle ausgeführt. Anschließend an den Umzug Festrede. Als Referent ist Chefredakteur Genosse Birbaum-Breslau gewonnen worden. Die Reihenfolge der im Zuge zu marschierenden Verbände ist: Jugend, Kapelle, Fahne, Vorstand, SPD, Holzarbeiter, Tabakarbeiter, Buchdrucker, Zimmerer, Lederarbeiter, Fabrikarbeiter, Metallarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter, Verkehrsband, Sozialrenner. Die Leitung des Zuges wurde den Vorsitzenden und Stellvertretern des Ortsausschusses und der Partei übertragen. Es wird erwartet, daß alle roten wie schwarz-rot-goldenen wie auch die Fahnen der Arbeiter-Sportverbände mitgeführt werden. Der Ausgang eines Maiaufzuges stimmte der Ausschluß zu. Bei schönem Wetter wird ein Mai-Ball den Tag zum Abschluß bringen und im Garten Konzertmusik spielen. Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, Sportgenossen von Stadt und Land, sorgt für reifliche Beteiligung. Der 1. Mai ist der Tag der Sammlung und Heerschau für die um ihre Rechte kämpfende Arbeiterklasse. Niemand darf an diesem Tage fehlen.

Gantz, Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Sonnabend, den 23. April, abends 8 Uhr, findet im „Schwarzen Adler“ bei Herrn Bahr eine wichtige Mitglieder-versammlung statt. Pflicht aller Kameraden ist es, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Groß-Ruignitz. Am zweiten Osterfeiertag hielt der Deutsche Landarbeiter-Verband bei Krause eine öffentliche Versammlung ab. Kollege Barschdorff sprach über den neuen Lohnsatz, worauf sich die Kollegen zahlreich zum Wort meldeten, was man in Landarbeiter-versammlungen, da sie meistens vor der Leiber noch bestehender Jungferngewalt zurückzuführen, selten erlebt. Der Unterschied in der Lebenshaltung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wurde besonders kritisiert. Das mangelnde soziale Verständnis der Arbeitgeber zeigt sich besonders bei der Entlohnung der Viehpflege. Erhält doch der Ackerkulturer dafür, bei drei- bis vierwöchiger Sonntagsarbeit, die horrenden Entschädigung von Lage und schreibe 20 Pfennige. Die Verbandsleitung wurde beauftragt, bei der nächsten Tarifverhandlung dafür einzutreten, daß die Zeit als Ueberstunden bezahlt wird. Mit der Unterstützung der Landarbeiter reiflos dem Deutschen Landarbeiter-Verband zuzuführen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Genossenschaftswesen.

Drei Großeinkaufsgesellschaften.

In den letzten Wochen haben die Veröffentlichungen der Jahresbilanzen der Großeinkaufsgesellschaften begonnen. In den meisten Ländern kann eine sehr ansehnliche Zunahme der geschäftlichen Tätigkeit der Großeinkaufsgesellschaften festgestellt werden. In Holland, einem Lande, in dem die Genossenschaftsbewegung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte und dessen Großeinkaufsgesellschaft noch sehr jung ist, beträgt der Umsatz dieser Gesellschaft im Jahre 1926 13 963 625 holländische Gulden gegen 12 898 915 holländische Gulden im Jahre 1925; eine Zunahme um 10 Prozent. Dieser Aufstieg hält auch 1927 an, und es wird nicht lange dauern, bis die holländische Großeinkaufsgesellschaft die Umsätze der Nachkriegszeit erreicht haben wird. Auch die schwedische Großeinkaufsgesellschaft hat ihre Umsätze um 8 070 000 schwedische Kronen, das sind 6 Prozent, gesteigert. Diese Umsatzerhöhung wurde erreicht, trotzdem der Lebensmittelpreis um acht Punkte gefallen ist, ein Beweis für die Steigerung des Umsatzes sowohl in Waren wie in Geld. Die deutsche Großeinkaufsgesellschaft hat von allen Großeinkaufsgesellschaften, die bisher ihre Bilanz veröffentlicht haben, die größte Zunahme des Umsatzes erreicht. Er beträgt 68 Millionen oder 29 Prozent. Ebenso ist die Eigenproduktion um 10 336 390 Mark gestiegen, das sind 29 Prozent. Die Zahl der Angestellten hat um 35 Prozent zugenommen und die Zahl der in der Eigenproduktion erzeugten Güter um 34 Prozent gegenüber 1924. Die letzten drei Jahre haben der deutschen Großeinkaufsgesellschaft eine außerordentliche Entwicklung gebracht, und der Aufstieg der deutschen Wirtschaft ist an ihr nicht vorübergegangen.

Chlorodont

Zahnbürsten

Zahnpaste

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Gebisses gut an, dringt in die engen Zahnräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erfaßt und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schon den köstlichen Zahnschmelz, verleiht den Zähnen erhabeneren Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt übles Mundgeruch bei herrlich erfrischem Pfefferminzgeschmack.

Die Steuerpolitik des sozialistischen Wien.

Von Stadtrat Hugo Breitner.

Der erfolgreiche sozialistische Finanzstadtrat der Gemeinde Wien, der für Bekämpfung der Wohnungsnot, soziale Hygiene, Kulturaufgaben usw. kein Geld hat, legt hier dar, wie er sich diese Mittel beschafft.

Die stärksten Waffen unseres Wahlkampfes, den wir am 24. April in Oesterreich führen, sind die riesigen Leistungen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung in Wien für Arbeiterklasse und Kleinbürgertum und die Art der Bezahlung dieser Riesenleistungen durch Steuern auf den Besitz. Die bürgerlichen Parteien nennen unsere sozialistische Steuerpolitik „Steuerladismus“. Mit keinem Wort erkennen sie die gewaltigen Leistungen der Sozialdemokratie auf den Gebieten der Fürsorge, der Volksgesundheit, des Verkehrs und insbesondere die Schaffung von jährlich 7000 neuen Kleinwohnungen an. Die 30 000 neuen Arbeiterwohnungen, die in den Jahren 1924 bis 1928 fertiggestellt sein werden, bedeuten eine Kulturtat allerersten Ranges; sie haben die Lage auf dem Wiener Wohnungsmarkt geändert, sie haben unendliches Elend beseitigt und Glück verbreitet! Aber unsere „Christlich-Sozialen“ freuen sich nicht der getrockneten Tränen der Verzweigten der Armen, die nun ein Dach über ihrem Haupt haben, sondern weinen mit den Hausbesitzern.

Es ist für uns auch weder überraschend, noch unangenehm, daß unsere Steuerpolitik den Gegenstand leidenschaftlicher, erbitterter Kritik bildet. Das beweist uns lediglich, daß wir Sozialdemokraten tatsächlich und mit fühlbarem Erfolg andere Wege gegangen sind als früher die Bürgerlichen. Das ist ja eben das Merkmal der Wiener Gemeindesteuern, und darin unterscheiden sie sich von dem bürgerlichen Abgabensystem der Vergangenheit, daß die Massen gespart und der Besitz belastet wird.

Wir fragen in allererster Linie: „Wer soll die Steuern bezahlen — die Armen oder die Reichen?“ und geben eine sozialdemokratische Antwort! Wir treiben also nicht, wie früher die Bürgerlichen, eine kapitalistische, sondern eine sozialistische Steuerpolitik.

Unser Kampf ist ein Teilkampf des großen Ringens zwischen Großbürgertum auf der einen Seite und Kleinbürgertum und Arbeiterschaft auf der anderen Seite um die Verteilung der Steuerlasten.

Es ist uns in Wien gelungen, die besitzenden Kreise in einem früher nie gekannten Umfange zum Steuerzahlen zu zwingen. Das ist die einfache Erklärung für die bis zur Befinnungslosigkeit gehende Wut unserer bürgerlichen Gegner gegen das rote Wien!

Wir halten uns für berechtigt und verpflichtet, jede Art von Luxus so weit irgend möglich zu besteuern, um in einer Zeit, in der Hunderttausende verelenden, den kleinen Kreis, der ein üppiges Leben führt, für die Allgemeinheit tributpflichtig zu machen.

Aus diesem Grunde erheben wir u. a. folgende Steuern, die sämtlich die Lebenshaltung der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums schonen und den Luxusbedarf belasten.

Die Wohnbausteuer belastet die Mieter nach ihrer Leistungsfähigkeit sehr verschieden, wie folgende Aufstellung beweist:

Friedensmiete im Monat	Wohnungsart	Wohnbausteuer im Monat	% der Friedensmiete
24	Arbeiterwohnung	2,083	
40	Kleine Beamtenwohnung	2,083	
60	Mittlere Beamtenwohnung	2,43	
120	Gute Beamtenwohnung	2,7	
160	Mittelstandswohnung	3,125	
200	Nach Lage und Größe	3,47	
330	Luxuswohnungen	5,83	
660		11,25	
3300		31,625	
6600		36,64	

Die Wirkung dieser Staffelung kommt sehr drastisch in der Tatsache zum Ausdruck, daß 498 121 Wohnungen und Geschäftslotale mit den niedrigen Mietzinsen so viel Wohnbausteuer zahlen, wie bloß 520 Palais, Luxusvillen und Bankgebäude.

Der Hausbesitzer hat die Pflicht, diese Steuer einzuziehen und an die Stadt abzuführen. Er erhält von der abgelieferten Summe 10 Prozent, höchstens aber 12 Mark im Monat. Eine weitere Entschädigung erhält der „Hausbesitzer“ nicht. Der Inhaber einer Arbeiterwohnung hat also an „Miete“ im Monat lediglich ein paar Pfennige zu zahlen. In den kleinsten Neubauten wird ein Betrag für Zentralheizung, Waschtische usw. umgelegt, der die Monatsabgabe für ein Zimmer mit Küche und Klosett auf etwa 6 Mark erhöht; zwei Zimmer mit Küche usw. kosten alles in allem durchschnittlich 6 Mark und drei Zimmer mit Beigelaß 11 Mark. Die Wohnbausteuer bringt jährlich 20 Millionen Mark, die restlos dem Wohnungsbau zugute kommen.

Der Mieter schutz und die gerechte Staffelung der Wohnbausteuer haben die Arbeiterschaft und das Kleinbürgertum von der Sorge um die Miete befreit. In der Vergangenheit hat es allerdings ein bißchen anders ausgesehen. Von der Miete entfielen rund 40 Prozent auf öffentliche Ausgaben. Eine jener licht- und luftlosen Arbeiterwohnungen kostete monatlich 24 Mark. Davon waren 10 Mark öffentliche Abgaben für Staat, Land und Gemeinde. Sozial hatte ein Wiener Arbeiter im Jahre 1914 als Wohnsteuer zu zahlen. Heute zahlt er für dieselbe Wohnung nur 6,50 Mark jährliche Steuer. Nicht einen Pfennig mehr! Das ist der Unterschied zwischen bürgerlicher und sozialdemokratischer Steuerpolitik! Aber auch der Mittelständler zahlte von seinen 720 Mark Miete 300 Mark Wohnsteuer, heute nur 18 Mark im Jahr!

Auch die Hauspersonalabgabe geht den Arbeiter und Angestellten nichts an. Aber sogar der ganze Mittelstand wird von dieser Steuer nicht betroffen, denn die erste Hilfskraft ist steuerfrei und die zweite kostet jährlich bloß 30 Mark Steuer. Lediglich wohlhabende und schwerverdienende Familien werden von der bei der dritten Hilfsperson einsetzenden starken Steigerung der Steuer erfaßt. Die dritte und jede weitere Hilfskraft kostet jährlich 150 Mark mehr als die vorhergehende. Die dritte kostet also 180 Mark, die vierte 330 Mark usw. Vier Hausgehilfinnen zusammen kosten 540 Mark Steuer. Der Chef der Familie Rothschild, deren Reichtum sprichwörtlich ist, zahlte im Jahre 1924 für 47 Personen 301 140 Mark und im Jahre 1925 für „nur noch“ 39 Personen 214 035 Mark. Etwa 7800 Wiener Haushalte und Klubs zahlen für ihr Personal an Abgaben jährlich etwa 1 1/2 Millionen Mark.

Die Kraftwagenabgabe ist nach Pferdekräften gestaffelt. Ein kleiner 3/10 Wagen kostet jährlich 270 Mark, ein 16/22 Fordwagen kostet 990 Mark und ein 32 Daimler 1260 Mark Steuer. Weder Arbeiter noch Angestellte noch Kleinbürger werden von der Kraftwagenabgabe betroffen, denn Motorräder sind in Wien ebenso wie Lastkraftwagen steuerfrei. Autodroschken zahlen bloß 48 Mark im Jahr. Diese Steuer bringt etwa 2 1/2 Millionen Mark.

Die Lustbarkeitssteuer beträgt 5 Prozent für Theater und Oper, 10 Prozent für Operette und Revuen, 7 Prozent für Konzerte und Lichtbildervorträge, 23 Prozent für Tanzkurse, Zirkus und Variete, 26 Prozent für sportliche Veranstaltungen, 28 1/2 Prozent für Kinos und 33 1/2 Prozent für Pferderennen, Box- und Ringkämpfe. Ganz oder teilweise steuerfrei sind wohlthätige, wissenschaftliche oder Bildungsveranstaltungen. Ertrag 7,2 Millionen.

Abgaben von Speisen und Getränken werden nur erhoben in Lokalen, die sich durch Ausstattung, bevorzugte Lage, höhere Preise usw. hervorheben, also besonders von Konzertsalons und Nachtlokalen. Die Abgabe beträgt 15 Prozent des Entgelts und bringt 7 1/2 Millionen Mark. Fünftel Sechstel aller Betriebe sind abgabefrei. Die Wiener Arbeiter und Angestellten, die Kleingewerbetreibenden, die Ärzte, Lehrer, Rechtsanwälte, Professoren sind nicht die Besucher von Nachtlokalen.

Die Fremdenzimmerabgabe beträgt mindestens 10 Prozent des Gesamtentgelts, steigt jedoch bei teuren Hotels bis zu 20 Prozent. „Stundenhotels“ zahlen 35 Prozent. Jetzt eben ist ein neues Gesetz herausgekommen, wonach den Hoteliers die Steuer während der nächsten drei Jahre um die Hälfte ermäßigt wird, wenn sie entsprechend große, rund doppelt so hohe Investitionen vornehmen und so ihre Betriebe modernisieren.

Der Feuerwehbeitrag deckt mit 1,5 Millionen Mark die Hälfte der Gemeindeausgaben für die Feuerwehr und wird bezahlt von den gegen Brandschaden Versicherten in Höhe eines Drittels der Gesamtleistung des Versicherten. Auch diese Abgabe ist also auf die starken Schultern gelegt.

In der Vorkriegszeit gab es keine Hauspersonalabgabe, keine Autosteuer, keine Fürsorgeabgabe und keine gestaffelte Wohnbausteuer. Die Palais wurden lächerlich niedrig im Mietwert angenommen. Diese Reichen der Reichen haben tatsächlich nicht viel mehr gezahlt, als jeder arme Teufel. Auch nicht, wenn sie in teuren Lokalen speisten, da ja die so „schauderhafte“ Nahrungsmittelabgabe noch nicht erfunden war. Nicht einmal wenn sie zum Rennen fuhren oder in einer Theaterloge saßen, da ja die so „furchtbare“ Lustbarkeitsabgabe nicht bestand.

Das Ideal bürgerlicher Steuererhebung war und ist auch in Oesterreich die Besteuerung aller Luxus- und Sondersteuern und ihre Umwandlung in Zuschläge auf die Umsatzsteuer des Bundes, die das Stück Brot, das der Arbeitslose sich von seiner fürsorglichen Unterstützung kauft, ganz genau in demselben Maße trifft, wie das Stück Brot, das jemand zum üppigen Mahle in einem Luxuslokal verzehrt.

Die Gemeinde führt alle städtischen Betriebe grundsätzlich so, daß sie sich lediglich selbst erhalten müssen, aber keinen Gewinn an die Gemeindefasse abzuliefern haben. Infolgedessen ist das Wiener Gas das billigste der Welt. Nicht nur die Gas- und Strompreise, sondern auch der Tarif der Straßenbahn und der Wasserpreis sind tief unter dem Friedensstand. Als besondere Neuerung erhält schon seit einigen Jahren die Wiener Bevölkerung pro Kopf und Tag 35 Liter Hochquellenwasser vollkommen unentgeltlich. Die Durchrechnung erfolgt monatsweise. Zwei Drittel aller Wiener Häuser kommt damit aus. Das ist einzigartig in der ganzen Welt. Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien hat aufgehört, diese städtischen Monopole als Steuererschraube zu verwenden. Wir lehnen es auch ab, uns durch ruinöses Schuldenmachen mit mörderischen Zinsen an das Ausland zu belasten.

Der großzügige, in der Welt beispiellos dastehende Fürsorgeapparat lindert das Elend, ein modernes Schulwesen rüstet die Jugend für den künftigen Lebenskampf besser als je vorher. 30 000 neue gesunde Wohnungen, auf deren Vollendung immer weitere folgen werden, verbessern einschneidend die Lebenshaltung eines großen Teiles der Wiener Bevölkerung.

Wir werden mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft die bürgerlichen Pläne nach Wiederherstellung des Ertragswertes der Wiener Häuser zu verhindern wissen. Wenn Wien trotz Krieg und Niederlage, trotz Zerstückung des Wirtschaftsgebietes sich noch ein bißchen Glück und Frohsinn gewahrt hat, so dankt es dies einzig und allein der seit 1919 rastlos betriebenen Aufbauarbeit der Gemeinde. Diese Arbeit vermindert die Zahl der Arbeitslosen, die heute noch etwa 90 000 beträgt, außerordentlich, denn etwa 70 000 werden durch die Bautätigkeit der Stadt und die sonstigen umfassenden Investitionen aller Art beschäftigt.

Unser unentwegtes Festhalten am Mieterschutz wird verhindern, was das Streben der vereinigten Bürgerlichen ist, daß die breiten Massen der Bevölkerung, wie es früher immer gewesen ist, auch diesmal allein die Kriegskosten bezahlen.

Dem neuen Wien des werktätigen Volkes gilt unsere Arbeit. Und nur wollen wir ganz Oesterreich nach dem Vorbild des roten Wien regieren und verwalten. Möge uns das österreichische Volk am 24. April dazu die Vollmacht geben!

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele.

Von Donnerstag, den 21. bis Sonnabend, den 23. April, 5 u. 8 Uhr

Kin - Lin - Lin

„Der Schrei aus den Lüften“

Kulturprogramm der Ufa-Wochenschau.
Erwerblos mit Ausweis nur bis 5 1/2 Uhr 25 Pf.
Erwachsene 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Kinder haben Zutritt. Arbeiter-Sport-Kartell e. V.

Wasserstand	
21. April	
Raffort	2,83
Reife (Stadt) vom 21. 4.	+ 0,26
Reife (Land) vom 21. 4.	+ 0,36
Reife (Klosterneub.) vom 19. 4.	+ 0,26
Reife	3,08
Ramm (Unter-Regel)	5,82
Dreihaus	4,81
Schiffbau (Schiffbau) 682 cm	
Schiffbau vom 19. 4.	2,62
Reife	+ 10,3

Ein wenig Sonne ins düstere Heute bringen Zwei „Schlechte Abende“

unter Mitwirkung der bekannten und beliebten Künstlerinnen:
Gertraud Grabowsky-Jalsch (Regitationen)
Margarete Schreiber (Wieder gut Gaste)
Freitag, den 22. April, abends 7 1/2 Uhr,
„Centralballsäle“, Westendstraße 52;
Sonnabend, den 23. April, abends 7 1/2 Uhr,
A. Bräuer, Pöpelwies-Str. 86. 7399
Karten im Vorverkauf 40 Pf., an der Abendkasse 50 Pf. Erwerblos, nur a. d. Abendkasse geg. entsprechendem Ausweis 25 Pf. Der Vorverkauf findet ab heute alle Tage in den genannten Lokalen statt. Abendkasse 1 Stunde vor Beginn der Veranstaltung.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Gesellschaftsspiele am Sonntag, den 24. April.

Zeit	Gegner	Platz	Schiedsrichter
4 ⁰⁰	St. I — Collet I	Zimpel	Guba
4 ¹⁰	West I — Rapid I	Eichenspitz	Stempniewitz
4 ²⁰	West II — Rapid II	Eichenspitz	Malsch
4 ³⁰	1921 I — Senta I	Webel-Part	Genarich, Röh.
4 ⁴⁰	1921 III — Rapid III	Webel-Part	Wittel, West

Kauflball.

Serienpiele am Sonntag, den 24. April.

a) Männer, vormittags auf der Größelwiese (Linie 13)

Zeit	Mannschaften	Schiedsrichter
8 ⁰⁰	2. Abt. I — 3. Abt. I	Truppe, 5. Abt.
8 ¹⁰	5. Abt. I — 4. Abt. I	Gebel, 7. Abt.
8 ²⁰	7. Abt. I — West I	Koche, 5. Abt.
9 ⁰⁰	4. Abt. II — 5. Abt. II	Entler, 4. Abt.
9 ¹⁰	5. Abt. Allers — 7. Abt. II	Müller, 4. Abt.
9 ²⁰	4. Abt. III — 7. Abt. III	Schulz, 5. Abt.
10 ¹⁰	3. Abt. I — 4. Abt. I	Krauß, 7. Abt.
10 ²⁰	2. Abt. I — 7. Abt. I	Schulz, 4. Abt.
10 ³⁰	5. Abt. I — West I	Gebel, 7. Abt.
11 ⁰⁰	4. Abt. II — 7. Abt. II	Riedel, 2. Abt.
11 ¹⁰	5. Abt. II — 4. Abt. II	Wamer, 3. Abt.
11 ²⁰	5. Abt. Allers — 7. Abt. III	Wittel, West

b) Turnerinnen, nachmittags auf der Hasdenhagwiese (an der Technischen Hochschule, Linien 1, 18, 21)

Zeit	Mannschaften	Schiedsrichter
2 ⁰⁰	1. Abt. I — 2. Abt. I	Ullmer, 7. Abt.
2 ¹⁰	5. Abt. I — 4. Abt. I	Scholz, P., 2. Fr. Abt.
3 ⁰⁰	1. Abt. Jugend — 4. Abt. Jugend	Neumann, 3. Fr. Abt.
3 ¹⁰	2. Abt. II — 3. Abt. II	Stellmacher, 4. Fr. Abt.
3 ²⁰	2. Abt. III — 4. Abt. III	Scholz, E., 3. Fr. Abt.
4 ⁰⁰	1. Abt. I — 3. Abt. I	Schneider, 2. Fr. Abt.
4 ¹⁰	2. Abt. I — 4. Abt. I	Neumann, 3. Fr. Abt.
5 ¹⁰	1. Abt. Jugend — 2. Abt. III	Rajbky, 3. Fr. Abt.
5 ²⁰	2. Abt. II — 4. Abt. II	Siegel, 1. Fr. Abt.
5 ³⁰	3. Abt. II — 4. Abt. Jugend	Scholz, P., 2. Fr. Abt.

Entgegenannte Mannschaft hat Platzbau; es sind die Mittellinie, beide Angabellinien, sowie die vier Ecken abzuräumen. Auf der Größelwiese stellt die 5. Männerabteilung drei Faustballkugeln, auf der Hasdenhagwiese die 1. Frauenabteilung drei Tore zur Verfügung. Jede Mannschaft hat einen Spielfähigen Ball, sowie einen Anstreich mit Faustballformularen (bei Seewald erhältlich) zu stellen, andernfalls Kampfs verloren. Die Schiedsrichter haben auf pünktliches Antraten der Mannschaften zu achten. Leitung der Spiele auf der Größelwiese: Turngenosse W. Säger, auf der Hasdenhagwiese: Turngenosse S. Stellmacher.

Handball.

Serienpiele am Sonntag, den 24. April.

Zeit	Gegner	Platz	Schiedsrichter
2 ⁰⁰	5. Abt. II — Neulitz II	Dsmiw	Geb. Fritsch
2 ¹⁰	7. Abt. II — 8. Abt. I	Gasm. Dertor	Flajsha, Tchemite
3 ¹⁰	7. Abt. I — Neulitz I	Gasm. Dertor	Flajsha, Tchemite
4 ⁰⁰	7. Abt. Jugend — Neulitz Jgd.	Gasm. Dertor	Wallenburg, Tegel

Das Spiel 7. Abteilung I — Neulitz I ist ein Protestspiel und deshalb ist für die anderen Vereine, welche keine Serienpiele austragen, Spielverbot. Als Torrichter fungieren die Bundesgenossen Wallenburg und Tegel.

Der Spielausschuh.

Achtung, Rettungsschwimmertun! Der nächste Kurstag ist der 24. April. Alle Teilnehmer müssen um 1/2 Uhr im Hallenschwimmbad sein.

S. B. Pösel, e. V. Jugendabteilung. Sonntag vormittags von 8—12 Uhr ist für alle Jugendmitglieder Arbeitsspiel im Volkshaus. Jedes Mitglied hat laut Veranlassungsbeschluss vier Pflichtstunden zu leisten. — Montag, den 25. April, abends 1/2 Uhr, im Heim, Michaelsstr. 36, Jugendausschuh.

Arbeiter-Radfahrer. Den Mitgliedern der 2. Abteilung zur Kenntnis, daß der nächste Abteilungsabend erst Freitag, den 29. April, stattfindet.

Kingalmslehterklub der Sportvereingung 1897/02. Am Sonnabend, den 23. April, 8 Uhr abends, beginnt in der Turnhalle Brunnenstraße ein Lehrsportus im Ringen, dem sich noch Gymnastik und Wallage anschließen, offen auch für Nichtmitglieder.

Breslauer Sportklub Hero 1910, e. V. Wegen Reinigung war die Turnhalle Dienstag, den 19. April, geschlossen. Morgen, Freitag, den 22. April, wird der Übungsbetrieb wieder im vollen Umfang aufgenommen. Im Verein besteht auch eine Handballabteilung. Für jugendliche Erwerblosie besteht ein ganz geringer Beitrag. Übungsstunden regelmäßig Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr Turnhalle Underlenstraße.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die prägeschichtliche Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Um die Zukunft der Schulbrücke.

Im Zusammenhange mit den städtischen Plänen über die Durchlegung der Schulbrücke nach dem „Zingergeläch“ steht die Festlegung einer derartigen Grundstücklinie, daß die Schulbrücke breit genug ausfällt für die Aufnahme des größten Verkehrs. Hierüber wird aber der Stadt über die bisher festgelegte Breite hinausgehende Seite der Grundstücklinie so liegen, daß sie einen Teil der bestehenden Gebäude abdeckt. Um sich diese Schulbrücke zu machen, muß man darauf hinwirken, daß der Magistrat die Schulbrücke in ihrer Ausdehnung breiter machen will, als gegenwärtig der Raum von dem westlichen Teil der Magdalenenstraße bis zu den gegenüberliegenden Häusern ist und breiter als die Schulbrücke in ihren verbleibenden Teilen. Dazu kommt, daß die Schulbrücke Einbahnstraße ist und wohl auch bleiben wird. Nun ist für Jahrzehnte hinaus, vielleicht noch viel länger, die Möglichkeit, die Schulbrücke auf beide Seiten zu bringen, schon unbesitzbar ausgefallen, weil ja in diese Grundstücklinie die erst vor kurzem erbauten mächtigen Gebäude der Darnstädter Bank und des Warenhauses Farach fallen, bei denen an ein Zurückweichen für lange Zeit nicht zu denken ist.

Wenn also die Dinge so liegen, daß weder ein zureichender Grund noch auch für viele Jahrzehnte hinaus die Möglichkeit vorhanden ist, die Straße dort herüber auf das normale Maß hinaus zu verlagern, dann müssen auf der anderen Seite doch um so mehr diejenigen schädigenden Einwirkungen beachtet werden, die eine derartige Grundstückverteilung mit sich bringt. Bekanntlich ist die Folge nicht nur die, daß bei einem Neubau der Eigentümer bis zur Grundstücklinie zurückweichen muß, sondern die in verbleibenden Teilen der Grundstücke schlimmere Folge ist die, daß der Eigentümer derjenigen Teil seines Gebäudes, der in die neue Grundstücklinie hineinragt, nicht umbauen darf, unter gewissen Umständen sogar an dem nicht in die Grundstücklinie hineinragenden Teil grundlegende Veränderungen nicht vornehmen darf. Wenn also die Kompensationsmaßnahmen Gegenüberung auf Zeit erteilen, aber das heißt den Eigentümer einer derartigen Ungewissheit aus, daß er große Aufwendungen nicht bei einer derartigen Ungewissheit machen kann.

Es ist daher nicht recht verständlich, wie eine derartige Überpannung irgend welcher öffentlicher Gründe gerade in der heutigen Zeit dazu führen kann, daß höher rangenden Geschäftsleuten ihr Fortkommen auf diese Weise unnötig zu erschweren.

Das Resultat der Grundstückverteilung würde schließlich nur das sein, daß eine das Ansehen fördernde Umgestaltung der einzelnen Ecken unterbleibt, die Anwohner ihre Grundstücke nicht genügend ausbauen dürfen und die durch Umbauten gewählte Arbeitslosigkeit unterbunden wird und dabei auf der anderen Seite doch nicht daran zu denken ist, daß in absehbarer Zeit die Straße auf die geplante Verbreiterung gebracht würde.

Derartige Pläne mögen in der Verfertigung oder in neuen Stadtteilen durchgeführt sein, was soll aber von einer Verbreiterung der Fortsetzung hinsichtlich Verbreiterung in der inneren Stadt absehen. Schaefer, F. A. Praxie.

Spiel mit Menschenleben.

Die Reichsbahn hat im Laufe der letzten Jahre eine Reihe wichtiger technischer Neuerungen und Verbesserungen eingeführt. Die Schwellen und Schienen sind massiver geworden und haben eine kräftigere Befestigung erhalten. Die Arbeit der Lokomotiven wird genauer reguliert als früher. Personen- und Güterwagen wurden widerstandsfähiger gemacht und sind heute fast reißlos mit der Luftbremse versehen. Die Zugmelde- und Signaleinrichtungen wurden verbessert. Die natürliche Folge dieser Neuerungen und Verbesserungen müßte in einer Abnahme der Verkehrsunfälle bestehen, zumal die Schnelligkeit der Züge nicht erhöht wurde. Was muß aber festgestellt werden? Die Unfallziffer ist nicht gefallen, sondern gestiegen.

Wie die Statistik zeigt, wurden im Reichsbahnbetrieb im vergangenen Jahr bei Zug- und sonstigen Betriebsunfällen 66 Reisende, verletzt 834, während die entsprechenden Ziffern des Jahres 1913 lauten 18 bzw. 547. Durch eigenes Verschulden wurden getötet im Jahre 1926 26 Reisende, verletzt 323; die entsprechenden Ziffern des Jahres 1913 lauten 90 bzw. 212. Auf je eine Million gefahrener Personenkilometer entfielen an Toten und Verletzten im Jahre 1913: 1,83, im Jahre 1926 dagegen nicht weniger als 3,87. Die Zahl der zu Schaden gekommenen Reisenden ist also trotz der technischen Verbesserungen höher als im Jahre 1913.

Sucht man nach den Gründen für diese sehr wenig erfreuliche Erscheinung, dann darf man sich nicht an die unmittelbaren Angaben der Statistik über die Unfallursachen halten. Auf die Spur der wirklichen Gründe führt die Stelle der

Statistik, die angibt, daß die Zahl der Entgleisungen von 336 im Jahre 1913 auf 470 im Jahre 1926 gestiegen ist, trotz verbesserter technischer Einrichtungen. Diese Zunahme der Entgleisungen, die um ein Drittel höher ist als vor dem Krieg, zeigt, daß die Hauptursache der Unfälle nur in der tollen Arbeitslast und Arbeitsjagd zu suchen ist, die bei der Reichsbahn infolge des Personalabbaues und der Leistungsulagen herbeigeführt worden sind. Am Personal kann es unmöglich liegen, wenn die Unfälle steigen; denn die Reichsbahnverwaltung behauptet ja selbst, daß das ungeeignete Personal bei dem Personalabbau abgestoßen worden sei.

Als Hauptursache kann nur die Arbeitsjagd in Frage kommen. Da aber die Reichsbahnverwaltung nicht an eine durchgreifende Arbeitszeitverkürzung und Entlastung des Personals denkt, kann leider nicht damit gerechnet werden, daß wir in der nächsten Zeit die ungewöhnlich hohen Unfallziffern los werden. Neben den gewerkschaftlichen Organisationen muß deshalb auch die Öffentlichkeit der Reichstag und die Reichsregierung gegen die Belastung des Eisenbahnpersonals mobil machen. Ob ein Appell an diesen Reichstag und an diese Reichsregierung einen Erfolg hat, ist leider ebenfalls sehr fraglich. Das darf aber trotzdem nicht davon abhalten, heutzutage klar und deutlich die Verantwortlichkeit der Reichsbahnverwaltung, der Reichsregierung und des Reichstags festzustellen, damit jedermann weiß, wo die wirklichen Schuldigen zu suchen sind, wenn neue, ernste Eisenbahnunfälle die Bevölkerung alarmieren.

Ueber die Ausführungsbestimmungen zum Arbeitszeitnotgesetz

Am Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Besprechungen mit den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer statt. Die Vertreter der Arbeitgeber waren fallend stark vertreten und bekümmert unermüdlich die Vertreter des Arbeitsministeriums mit Anträgen, die darauf hinauslaufen, das Arbeitszeitnotgesetz für die Unternehmer noch genießbarer zu machen. Das Reichsarbeitsministerium wird jetzt die günstige Fassung der Ausführungsbestimmungen formulieren. Diese gehen dann an den Reichsrat. Nach Zustimmung des Reichsrates werden die Ausführungsbestimmungen gegen Ende des Monats herauskommen.

Das Arbeitszeitnotgesetz muß bei seiner großen Unklarheit in seinen vielfachen juristischen Unmöglichkeiten heillosen Wirrwirr anrichten, wenn nicht wenigstens durch die Ausführungsbestimmungen an den kritischen Stellen einigermaßen Klarheit geschaffen wird. Finden die Wünsche der Unternehmer bei der Fassung der Ausführungsbestimmungen auch nur einigermaßen Berücksichtigung — und nach den Erfahrungen beim Kampfe um das Arbeitszeitnotgesetz muß damit gerechnet werden — dann wird das Arbeitszeitnotgesetz für die Arbeiterschaft geradezu zu einer Geheuerlichkeit. Der Kampf gegen diese Ungeheuerlichkeit muß halb von der Arbeiterschaft mit kaltblütiger Entschlossenheit aufgenommen werden.

Anfallfürsorge und Polizeibeamtengesetz.

Die Polizeibeamtenschaft steht dem neuen preussischen Polizeibeamtengesetz nicht zuletzt deshalb sehr kritisch gegenüber, weil der Entwurf eine Anfallfürsorge unter Zuhilfenahme des Unfallfürsorgegesetzes vom Juli 1902 vorsieht. Diese Regelung würde die Existenz der noch nicht voll angestellten Polizeibeamten auf eine sehr unzureichende Grundlage stellen. Der verunglückte Polizeibeamte würde nicht unter das Reichsversorgungsgesetz fallen.

Wie liegen die Dinge in der Praxis heute? Ein Unfall, ein Schußwund z. B. durch einen Sturz vom Pferde während des Rittes zum Standort passiert, gilt noch nicht als Berufsunfall, weil der Dienst erst vom Eintreffen am Standort beginnt. Desgleichen gilt nicht als Betriebsunfall, wenn ein Mann irgendwo in seiner Freizeit von einigen Verbrechern, an ihm Raube nehmen wollen, überfallen und halbtot gelassen wird. Der im Betrieb verunglückte Schußmann wird durch das Reichsversorgungsgesetz mit einer mageren Rente von etwa 20 Mark abgefunden; im Todesfall erhält die Witwe ebenfalls nur eine Rente von etwa 18—20 Mark. Ein unmöglicher Zustand, weil der Polizeibeamte unter diesen Umständen begreiflicherweise nur wenig Lust verspüren kann, seine Haut zu Markte zu tragen.

Die Organisationen lehnen das auf ganz andere Verhältnisse zugeschnittene Unfallversicherungsgesetz ab und fordern eine Regelung, wie sie zum Teil bereits in hervorragendem Maße in den Statuten rheinisch-westfälischer Städte (Barmen-Eberfeld, Düsseldorf, Remscheid, Neuß, Wald, Arefeld, Hamborn, Rhein-Neuwied) festgelegt worden ist. So erhalten z. B. Beamte und Angestellte der Stadt Eberfeld, wenn sie infolge eines im Dienst erlittenen Unfalls dauernd dienstunfähig werden, als Ruhegehalt volles Dienstverdienst, das sie am Tage des Unfalls bezogen haben, zuzüglich der vorgegebenen Alterszulagen vom Tage ihrer Abgangzeit ab, außerdem die an aktive Beamte etwa gezahlten Alterszulagen. Wenn sie infolge eines im Dienst erlittenen Unfalls nicht dauernd dienstunfähig, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden sind, erhalten sie bei ihrer Entlassung aus dem Dienst Ruhegehalt und zwar im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer den vorher genannten Betrag, im Falle teilweiser Erwerbsunfähigkeit für deren Dauer den durch den Unfall herbeigeführten Einbuße an Erwerbsfähigkeit entsprechenden Teil des vorbezeichneten Ruhegehalts.

Die in Eberfeld getroffene Regelung der Anfallfürsorge ist nach der Auffassung der Organisation im großen und ganzen den Forderungen der Polizeibeamten Rechnung. Die Polizeibeamtenschaft ist der Auffassung, daß auch der Staat in der Lage sein muß, bei gutem Willen eine der Anfallfürsorge der rheinisch-westfälischen Gemeinden gleiche Fürsorge für die Polizeibeamten zu schaffen.

Neuorganisation des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Es scheint nunmehr festzustehen, daß in Verbindung mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz auch eine Neuorganisation des öffentlichen Arbeitsnachweises erfolgen wird. Das grundsätzliche der Neuorganisation liegt nicht nur darin, daß der Arbeitsnachweis mit der Arbeitslosenversicherung verquidat wird, sondern vor allem auch darin, daß als Träger nicht mehr die Gemeinden, sondern ein besonders zu schaffender Reichsbehördenapparat in Frage kommt.

Mit der Annahme des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs ist von Änderungen abgesehen, im großen und ganzen zu rechnen. Damit tritt der Arbeitsnachweis in ein neues Stadium, einen neuen Geschichtsabschnitt, ein. Einst war die Arbeitsvermittlung ein heiß umkämpftes Kampffeld zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Denn diese beiden Generalkräfte der Produktion erkannten bald die Wichtigkeit des Arbeitsmarktes in der Wirtschaft. Jede der Parteien suchte die Arbeitsvermittlung für eigene Zwecke zu benutzen. Häufige Kämpfe wurden geführt. Schließlich verlusten die Gemeinden, die ja auch oft unter den Kämpfen um die Arbeitsvermittlung zu leiden hatten, den Arbeitsnachweis zu neutralisieren. Wenn auch nicht immer, so erkannten die streitenden Parteien diese Lösung doch als die gegebene an und so brachte es der öffentlich-kommunale Arbeitsnachweis trotz aller Hemmnisse bis zum Kriegsausbruch zu immer größerer Bedeutung in der Arbeitsvermittlung und auch zu einer gewissen Einheitlichkeit. Krieg und Nachkriegszeit erwiesen die Unentbehrlichkeit des öffentlichen Arbeitsnachweises immer stärker und die weitere Folge war der planmäßige Ausbau. Schließlich wurden die Facharbeitsnachweise aufgehoben bzw. der öffentlichen Arbeitsnachweisen angegliedert und die ganze Materie schließlich geordnet. Durch das Arbeitsnachweisgesetz wurden Arbeitnehmer und Arbeitgeber an der Verwaltung partizipativ beteiligt und als Trägerin verblieb die örtliche Gemeinde. Wie in unserer heutigen Zeit infolge der Interessenkämpfe alles schließlich unvollkommen ausfallen muß, so war auch die Arbeitsvermittlung und das Arbeitsnachweisgesetz mit Mängeln behaftet. Aber diese Mängel waren doch nicht so groß, daß die beteiligten Kreise besonders auf Abänderung der Gesetze drängten.

Wenn jetzt trotzdem eine Aenderung vollzogen, so geschieht dies, wie erwähnt, im Zusammenhange mit dem Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Wenn die neue Regelung des Arbeitsnachweises an Stelle der Gemeinden nun Reichsbehörden vorsieht, so mag diese Regelung manche Mängel in sich schließen, entbehrt andererseits aber auch nicht der Größzügigkeit. Manches Stück Partikularismus oder gemeindlicher Rivalität wird aufgehoben werden. Wie die neu geplante gesetzliche Regelung sich schließlich in der Praxis auswirkt, wird abhängig sein von den Kräften, die die beteiligten Kreise zu entfalten vermögen.

Die Berliner Kraftdroschkenbesitzer lenken ein.

Da in den Lohnverhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Berliner Kraftdroschkenbesitzern und den Arbeitnehmern am Mittwoch eine Einigung nicht erzielt wurde, beschlossen die Funktionäre der Kraftdroschkenbesitzer am gleichen Abend in fast allen Versammlungen einmütig, sofort in den

Montag, den 25. April:

Frauenversammlungen der Partei!

Lokale werden noch bekanntgegeben. Bringt Frauen als Gäste mit * Agitiert für guten Besuch

Streik zu treten und so lange in ihm zu verharren, bis die Unternehmer den ersten Schiedsspruch anerkennen. Dieser Spruch sah für die Fahrer 2 Mark Garantielohn plus 25 Prozent der Bruttoeinnahmen pro Tag vor. Es ist bemerkenswert, daß bereits am Mittwochabend sich eine ganze Reihe von Unternehmern gegenüber dem Verkehrsband unterschrieben bereit erklärte, die Forderung der Arbeitnehmer anzuerkennen.

Vor neuen Lohnkämpfen im englischen Bergbau.

Im englischen Bergbau steht nach Londoner Meldungen ein neuer schwerer Lohnkampf bevor. Die Unternehmer verlangen Lohnkürzung. Bezeichnenderweise ist bis jetzt kein einziger der Vorschläge zur Rationalisierung des Bergbaues durchgeführt worden. Die Grubenunternehmer sind allem Anschein nach der Auffassung, daß die Arbeiter auf Jahre hinaus für die Rückständigkeit der Betriebs- und Produktionsmethoden des englischen Bergbaues büßen sollen.

Die Verhandlungen über die Neuregelung der Löhne im Bergbau, zunächst im Bergbau Rheinlands und Westfalens, beginnen am 22. April.

Löhne und Arbeitszeit in den gemeinnützigen Betrieben Großbritanniens.

Das amtliche Organ des englischen Arbeitsministeriums veröffentlicht weitere Ergebnisse der amtlichen Erhebung über die Wochenlöhne und die Arbeitszeit der Arbeiter in Großbritannien und Nordirland im Jahre 1924. Die neuesten Angaben beziehen sich auf die öffentlichen Betriebe. Die Erhebung umfaßt einen Zeitraum von 4 Wochen, und zwar die jeweils am 19. Januar, 12. April, 12. Juli und 18. Oktober endende Woche im Jahre 1924.

In den gemeinnützigen Betrieben wurden durch die Erhebung 473 860 Arbeiter erfaßt. Aus den Unterlagen ergibt sich für 466 366 Arbeiter folgende Arbeitszeit:

- 7,6 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich 44 Stunden oder weniger,
- 3,2 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich 44½ bis 46½ Stunden,
- 48,1 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich 47 Stunden, 0,4 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich 47½ bis 47¾ Stunden,
- 23,1 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich 48 Stunden,
- 12,6 Prozent der Arbeiter arbeiteten wöchentlich mehr als 48 Stunden.

Nachstehende Uebersicht zeigt für die einzelnen Gruppen die durchschnittliche Arbeitszeit und die durchschnittlichen Wochenlöhne.

Betrieb	durchschnittl. Wochenlöhne der 473 860 Arbeiter innerhalb der 4 von der Erhebung erfaßten Wochen	durchschnittl. Arbeitszeit für 466 366 Arbeiter
	Pfd. Sch.	Std.
1. Ortsbehörden (nicht gewerkl. Dienstzweige)	50 6	47,3
2. Gasanstalten (Gemeindefabriken)	60 4	48,5
(Privatbetriebe)	60 2	48,5
3. Elektrizitätswerke (Gemeindefabriken)	64 6	47,3
(Privatbetriebe)	63 10	47,2
4. Straßenbahn- und Omnibusverkehr (Gemeindefabriken)	68 6	47,8
(Privatbetriebe)	64 2	47,6
5. Wasserversorgung (Gemeindefabriken)	73 5	48,2
(Privatbetriebe)	57 8	47,5
Kanäle, Docks und Häfen	55 7	47,6
Verwaltungsbehörden	60 8	47,3
	58 10	45,8
		47,6

Bei den Gaswerten rührt der hohe Hundertsatz der Arbeiter, die wöchentlich über 48 Stunden arbeiten, daher, daß zahlreiche Arbeiter in der Woche sieben Arbeitstage zu je acht Stunden leisten. In den Gas- und Elektrizitätswerken wird eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern im System der durchgehenden Schichten beschäftigt.

Achtung, Matieierkommission!

Sonnabend, den 23. April, nachmittags um 2 Uhr, ist eine Sitzung der Kommission, zu der pünktliches Erscheinen erbeten wird. Zimmer 61—63 im Gewerkschaftshaus.

Bedorftender Streik im Schuhmachergeschäft Alexander Mohr.

Die seit Oktober von der Firma absichtlich verschleppten Verhandlungen über den Abschluß eines Lohn- und Arbeitsvertrages sind gescheitert, die Firma verlangt eine wesentliche Verschlechterung der seit Jahren bestehenden Festbestimmungen und eine Verschlechterung der bisherigen Arbeitszeitberechnung. Als „Entgegenkommen“ will man den Lohn mit jedem einzelnen Prozentpunkt so festsetzen, daß teilweise eine Lohnverbesserung von 60 Pf. die Woche eintritt, dabei ist seit zwei Jahren der Lohn derselbe geblieben. Die Beschäftigten haben beschlossen, die Arbeit ab Sonnabend, den 23. April, einzustellen.

11,25 Mark Lohn für 52 Arbeitsstunden

zahlen die Autag-Werke in Breslau-Carlowitz. Mir stellen diese „fürsichtige“ Bezahlung aus einer Bescheinigung fest, die von vorbenannter Firma einem 18jährigen Arbeiter bei dessen Entlassung feierlich überreicht wurde und folgenden Wortlaut hat:

Autag-Werke G. m. b. H. Breslau-Carlowitz. Der Arbeiter A. hatte während seiner Tätigkeit im Afford einen Durchschnittsverdienst von 11,25 Mark (für 7½ volle Arbeitstage).

Autag-Werke G. m. b. H.

11,25 Mark für 7½ volle Arbeitstage als Affordverdienst. Davon noch einen Abzug von 1,45 Mark für Krankengeld und anderes. Verbleiben dem Verehrten Arbeiter 9,80 Mark als Wochenverdienst und die Lösung des Geheimnisses, davon zu leben.

Vielleicht hilft ihm die Firma dabei, denn wenn sie sich nicht schämt, derartige Löhne zu zahlen, kann ihr die Lösung solcher Aufgabe ja keine Schwierigkeiten bereiten.

CREME MOUSON macht rauhe, rissige Haut glatt und geschmeidig

Eine halbe Milliarde Mehretrag.

Auf Grund der letzten vom Reichsfinanzministerium veröffentlichten Uebersicht haben die Steuern, Zölle und Abgaben im letzten Steuerjahr (1. April 1926 bis Ende März 1927) gegenüber dem Voranschlag einen Mehretrag von 480 Millionen Reichsmark ergeben. Dazu bemerkt das Ministerium, daß davon Ueberweisungen an die Länder usw. mit rund 275 Millionen Reichsmark abgehen. Von dem Mehretrag verbleiben also dem Reich rund 214 Millionen, wovon 200 Millionen Reichsmark in den Haushalt 1927 nach dem Haushaltsgesetz für das Rechnungsjahr 1927 übernommen werden müssen.

Ueber die Einnahmen im einzelnen geben wir folgende Uebersicht:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Insgesamt	6856,1	7173,7	6855,1
Davon sind:			
Land- und Verkehrssteuern	4832,4	4663,9	4476
Einmalige Steuern	59,8	46	30
Verpändete Zölle und Verbrauchsabgaben	1851,4	2405,4	1967
Andere Zölle und Verbrauchsabgaben	111,3	56	52

Der Voranschlag für 1925/26 sah Einnahmen in Höhe von 6,7705 Milliarden Reichsmark vor. Die wirklichen Einnahmen haben also im letzten Steuerjahr den Voranschlag in stärkerem Umfang übertroffen als im Jahre 1925/26. Für die Entwicklung dürfte vor allen Dingen das Aufkommen aus den verpändeten Zöllen und Verbrauchsabgaben ausschlaggebend sein. Sie vollzog sich wie folgt:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Zölle	590,4	940,3	580
Tabaksteuer	615,6	712,2	655
Zuckersteuer	236,1	284,6	205
Siersteuer	255,9	240,7	235
Branntweinmonopol	153	227,2	172

Das Aufkommen aus den Zöllen hat sich beinahe verdoppelt, ein Zeichen dafür, wie stark durch diese indirekte Steuer gerade die Kaufkraft der breiten Massen weiter angepannt worden ist. Die Ausdehnung der breiten Schichten durch Zölle und Verbrauchsabgaben hat ohne Zweifel zur Verhärterung der Wirtschaftskrise, die wir im Verlauf des Steuerjahres erlebt haben, geführt. Soweit die anderen Zölle und Verbrauchsabgaben in Frage kommen, bleibt die Weinsteuern mit 17,8 Millionen Reichsmark hinter dem Voranschlag (20 Millionen Reichsmark) zurück. Der Grund ist hier in der zeitweise erfolgten Aufhebung der Wein- und Schaumweinsteuer zu suchen. Die Schaumweinsteuer erbringt allerdings mit 6,1 Millionen Reichsmark noch gut 2 Millionen Reichsmark mehr, als im Voranschlag vorgeesehen worden ist. Die Salzsteuer bleibt mit 1,3 Millionen um 600 000 Reichsmark hinter dem Voranschlag zurück. Zündwaren- und Leuchtmittelsteuer gehen mit 13,6 bzw. 9,2 über den Voranschlag (11,4 bzw. 8 Millionen) hinaus. Die Spielartensteuer erbrachte 2,1 Millionen (im Vorjahr 1,4 Millionen); das sind rund 300 000 Reichsmark mehr, als vorgeesehen war.

Hinter dem Voranschlag zurückgeblieben sind die Besitz- und Verkehrssteuern. Sie liegen auch unter dem Aufkommen im Jahre 1925/26. Für die Entwicklung ist die Einkommensteuer und die Umsatzsteuer von Bedeutung. Wir geben sie durch folgende Zusammenstellung wieder:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Einkommensteuer:			
a) Lohnabzug	1367,2	1094,7	2100
b) Steuerabzug vom Kapitalertrag	82,4	84,5	
c) andere Einkommensteuer	808,3	1084	974
Umsatzsteuer:			
a) allgemeine	1338,9	864,7	8
b) Hersteller- und Kleinhandelssteuer	77,7	10,7	

Trotz der furchtbaren Arbeitskrise ist der Lohnabzug mit 1,094 Milliarden Reichsmark nicht erheblich hinter dem letzten Jahr (1,2 Milliarden Reichsmark) zurückgeblieben. Das übrige Einkommen hat sich ganz gewaltig erhöht. Will man den Mindestertrag aus dem Lohnabzug und den gesteigerten Ertrag aus der anderen Einkommensteuer hinsichtlich der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung bewerten, so muß festgestellt werden, daß zu einer Zeit, wo das Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger sich stark verminderte, eine ungeheure Steigerung des Einkommens der Großverdiener eingetreten ist. Der im Jahre 1926/27 gegenüber dem Vorjahr veränderte Ertrag in der Umsatzsteuer ist auf den in der Reichsreform enthaltenen verringerten Tarif zurückzuführen. Der Ertrag aus der allgemeinen Umsatzsteuer bleibt im Jahre 1926/27 um rund 475 Millionen Reichsmark hinter dem Vorjahr zurück. Da durch die Reichsreform die Steuerentlastung keine Verbilligung der Preise eingeleitet hat, bedeutet diese Entwicklung für Produzenten und Händler ein Geschenk von beinahe einer halben Milliarde Reichsmark.

Alles wird teilweise auch durch das Aufkommen aus anderen wichtigen Besitz- und Verkehrssteuern bekräftigt, wie folgende Uebersicht zeigt:

	Steuerjahr 1925/26	Steuerjahr 1926/27	Voranschlag 1926/27
(in Millionen Reichsmark)			
Beförderungsteuer:			
a) Personenbeförderung	175,5	168,3	170
b) Güterbeförderung	142,6	143,6	155
Reichssteuer	82,6	36,3	50

Lotteriesteuer:

a) Totalisatorsteuer	16,9	15	40
b) andere Rennwettsteuer	14,3	15,3	
c) Lotteriesteuer	31,5	35,7	25
Beihilfensteuer	40,1	45,9	36
Kraftfahrzeugsteuer	58,4	105,1	70

Kapitalverkehrssteuer:

a) Gesellschaftsteuer	40,1	58,2	60
b) Wertpapiersteuer	9,2	23,4	8
c) Börsenumsatzsteuer	40,2	82,8	50
d) Aufsichtsteuer	13,7	0,7	—
Grundvermögenssteuer	30,6	28	26
Erbvermögenssteuer	27,2	34	60
Vermögenssteuer	270,4	359,3	400
Körperschaftsteuer	186,5	381,9	250

Der ganze Verlauf des Steuerjahres, auf den wir in den Einzelheiten noch zurückkommen werden, beweist die steigende Belastung der breiten Bevölkerung. Wie schon bemerkt, wirkt sich diese volkswirtschaftlich, besonders auf die Lage des Arbeitsmarktes, ungünstig aus. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, hier schnell zu einer gründlichen Umänderung zu kommen.

Soziales.

Staatliche Anerkennung von Wohlfahrtspflegern.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundbrief des Volkswohlfahrtsministers entnimmt, können Wohlfahrtspfleger (Fürsorger, Sozialbeamte), die auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege oder der Wirtschafts- und Berufsfürsorge oder der allgemeinen Wohlfahrtspflege tätig sind, die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspfleger (Fürsorger, Sozialbeamte) für das betreffende Hauptfach erhalten, falls sie den Lehrkurs einer von dem Minister zur Ausbildung von Wohlfahrtspflegern (Fürsorgern, Sozialbeamten) veranschaulicht zugelassenen Prüfung bestanden und nach bestandener Prüfung sich mindestens ein Jahr in praktischer sozialer Arbeit, die auf einem Gebiete des Hauptfaches gewählten Hauptfaches liegen, betätigt haben.

Wohlfahrtspfleger (Fürsorger, Sozialbeamte), die mindestens drei Jahre auf einem Gebiete der Jugendwohlfahrtspflege oder der Wirtschafts- und Berufsfürsorge oder der allgemeinen Wohlfahrtspflege hauptsächlich tätig sind, können die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspfleger für das betreffende Hauptfach durch Teilnahme an einem von dem Minister zur Vorbereitung von Wohlfahrtspflegern auf die staatliche Prüfung zugelassenen Nachschulungslehrgang und bestehender Abschlussprüfung erwerben.

Ob und unter welchen Voraussetzungen in ganz besonders gelagerten Einzelfällen bei Nachweis von in mehr als fünfjähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungen, hinreichenden theoretischen Kenntnissen und hervorragender Eigenleistung ausnahmsweise die staatliche Anerkennung als Wohlfahrtspfleger ohne Ablegung der Prüfung erteilt werden kann, wird vom Minister entschieden werden.

Näheres ist aus dem Rundbrief ersichtlich, der als Sonderabdruck in Carl Heymanns Verlag in Berlin W. 8, Mauerstraße 44, käuflich zu erhalten ist.

Die Bezugsdauer für Wochenlohn vor der Entbindung.

Die Gewerbeordnung verbietet die Beschäftigung von Arbeiterinnen vor Ablauf von 6 Wochen seit der Niederkunft. Einem Erlaß des Volkswohlfahrtsministers wird darauf hingewiesen, daß die neuen Bestimmungen über eine Änderung des zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung hieran nicht geändert haben; vielmehr bringen diese Vorschriften insofern eine Verbesserung, als sie die Bezugsdauer um zwei weitere Wochen über die regelmäßige Bezugszeit von vier Wochen hinaus in der Zeit vor der Entbindung verlängern, wenn die Schwangere während dieser Zeit keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzt festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Ferner ist bestimmt, daß trotz eines etwaigen Scheiterns des Arztes bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung das Wochenlohn bis zur Niederkunft, also unter Umständen auch für länger als sechs Wochen, zu zahlen ist.

Entscheidungen des Kammergerichts über Aufwertungsfragen.

Der 1. Zivilsenat des Kammergerichts hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, am 24. Februar 1927 folgende Entscheidung getroffen (I. X. 10676/27):

1. Mehrere einander im Range folgende aufgewertete Amortisationshypotheken eines Unternehmens im Sinne des § 7 Absatz 1 Satz 3 A.W.G. sind auch dann noch im unmittelbaren Zusammenhang mit der ersten eingetragenen Amortisationshypothek eingetragen anzusehen, wenn infolge teilweiser Amortisation dieser Hypothek zwischen ihnen Eigentümergrundschulden entstanden sind.

2. Der Rangvorbehalt für den Eigentümer aus § 1 A.W.G. ist nicht eintragungsfähig, wenn im Range nach dem eingetragenen bzw. den sonstigen innerhalb der Mündeljährigkeitsgrenze liegenden aufgewerteten Rechten nur ein der Aufwertung nach § 1 A.W.G. nicht unterliegendes Recht (Grunddienstbarkeit, Vorkaufrecht usw.) vorhanden ist.

Der 9. Zivilsenat des Kammergerichts hat am 10. März 1927 die folgenden Entscheidungen getroffen:

Im Falle der Ausübung des Vorkaufrechts erwirbt zwar der Verpflichtete, der sein Grundstück einem Dritten verkauft hat, die Kaufgeldforderung gegen den Vorkaufsberechtigten erst im Zeitpunkt der Ausübung des Vorkaufrechts, der Berechnung des Goldmarkbetrages der Kaufgeldforderung, ist aber der Zeitpunkt des Abschlusses des Kaufgeldvertrages mit dem Dritten zugrunde zu legen (A.W. III. 843/26).

Der Antragsteller darf zum Erscheinen in einer Verhandlung vor der Aufwertungsstelle nicht durch Ordnungsstrafen angehalten werden (A.W. III. 338/27).

Allgemeine Schwierigkeiten, die sich am 1. Januar 1927 bei der Rückzahlung größerer Aufwertungsbeiträge ergeben könnten, rechtfertigen eine Stundung nach § 26 A.W.G. nicht. Es kommt vielmehr auf die wirtschaftliche Lage des einzelnen Schuldners an (A.W. III. 1255/26).

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse am 20. April gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung für Karosfellen (bei der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in voller Waggonladung (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die nach Paris/Fressau verfahren). Tendenz: Getreide: Befestigt. — Öle: (a) a: Befestigt. — Mehl: Befestigt. — Sämereien: Stetig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg.)		Tägliche amtliche Notierungen (100 kg.)	
20.	19.	20.	19.
Getreide:		Getreide:	
Weizen 75 kg	28,50	28,50	28,50
Weizen 71 kg	27,10	27,10	27,10
Roggen 71 kg	26,40	26,40	26,40
Roggen 68 kg	25,50	25,50	25,50
Hafers	20,50	20,50	20,50
Wassermehl 88	24,00	24,00	24,00
Mittelmehl	20,00	20,00	20,00
Wintergerste	20,00	20,00	20,00
Wintergerste	20,00	20,00	20,00

Ämtliche Notierung für Rühlerengulisse (je 100 kg):

20.	19.	20.	19.
Weizenm. (70%)	40,00	40,00	40,00
Roggenm. (70%)	37,75	37,75	37,75

Ämtliche Notierung für Samen (für 50 kg):

Durchschnittswerte (Sandware) (gerichtet)	Durchschnittswerte (Sandware) (gerichtet)
Kollas	140-155
do. poln.	120-140
Weizen	60-80
Schweiz. Reis	110-120
Gelbes	60-75
Sandware	—

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewöhnlicher Keimkraft und Keimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte.

Der Farbentrust vor einer großen Kapitalerhöhung.

Mit großer Spannung steht die deutsche Finanzwelt der Ende April stattfindenden Aufsichtsratsitzung des Farbentrusts entgegen. In Kreisen, die Fühlung haben, erzählt man, daß in der Aufsichtsratsitzung voraussichtlich Mitteilungen über eine Kapitalerhöhung gemacht werden dürften. Man will wissen, daß das Aktienkapital um nicht weniger als 100 Millionen Reichsmark erhöht werden soll. Die Aktionäre sollen auf je 10 alte Aktien 4 neue zum Kurs von 150 Prozent erhalten. Alsdann soll der schon lange erwartete Erwerb der „Rheinischen Stahlwerke“ zum Zwecke der Erweiterung der Kohlenbasis des Farbentrustes auf dem Wege des Aktienumtausches erfolgen. Da nach Abgang des Bezugsrechtes und der Dividende bei J.G. Farben der Kurs der Aktien und der Rheinischen Stahlwerke ungefähr gleich laut werden würde, soll der Umtausch im Verhältnis 1:1 vorgenommen werden. Eine Befestigung für diese Berichte liegt zurzeit noch nicht vor, doch legt man ihnen große Bedeutung bei, weil seit einigen Tagen umfangreiche rheinische und jüdische Käufe gleichzeitig in J.G. Farben und in Rheinische Stahlwerke erfolgen.

Nachmenswerte Maßnahmen des Berliner Magistrats gegen die Preisübersteigerungen auf dem Baustoffmarkt.

Der Berliner Magistrat hat sich am Mittwoch u. a. mit den Preisübersteigerungen auf dem Berliner Baustoffmarkt beschäftigt und einmütig der Meinung Ausdruck gegeben, daß die dem Berliner Baumarkt zuzurechnenden öffentlichen Mittel nicht dazu da sind, den Baustoffherzeugern und Baustoffhändlern zulässige Konjunkturgewinne zuzuführen. Da der Magistrat in den gegenwärtig verlangten Baustoffpreisen im übrigen bereits eine Uebersteigerung feststellen muß, hat er den Bauamtsrat der Stadt Berlin bevollmächtigt, bringende Vorstellungen bei der Reichs- und preussischen Staatsregierung zu erheben und von sich aus sofort Verhandlungen auf Senkung der Preise mit den zuständigen Organisationen der Baustoffherzeuger, der Baustoffhändler, den Bauunternehmern und den Vertretern der Gewerkschaften einzuleiten. Sollten diese Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen, so beabsichtigt der Magistrat, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen. Er steht im Begriff, sogar so weit zu gehen, daß er diejenigen Bestriebe und Unternehmungen, die an den überhöhten Preisen festhalten, von jeder direkten und indirekten Auftragserteilung für die nächsten drei Jahre ausschließen will.

Dieser energische Schritt des Berliner Magistrats kann nur zur allgemeinen Nachahmung empfohlen werden.

Die Filmeinfuhr Deutschlands. Nach der Statistik der Außenhandelsstelle wurden im Jahre 1926 von der Film-Überprüfstelle und den Filmstellen Berlin und München 302 ausländische Spielfilme zensiert, im Verhältnis zu 306 Filmen des vorhergehenden Jahres und 340 Filmen des Jahres 1924. An

der Spitze der Einfuhr steht nach wie vor mit ungefähr gleichen Zahlen Amerika (1924: 186, 1925: 216, 1926: 216), während ganz allgemein bei den übrigen Ländern, mit Ausnahme Russlands, ein Rückgang in der Einfuhr zu verzeichnen ist. So war Frankreich, das 1924 noch 44 Filme aufzuweisen hatte, 1925 nur mit 30 und 1926 nur noch mit 23 Filmen vertreten. England wies im vorigen Jahre an Stelle von zwölf Filmen im Jahre 1924 nur noch einen einzigen Film auf.

Der große Warenhaus-Konzern Tietz hat in Charlottenburg zwei weitere Häuser erworben. Das eine dieser Häuser soll später zur Verkaufsstelle gemacht werden, während das zweite Haus als Verkaufserinnerungsschule benutzt werden soll.

Die Auswirkungen der englischen Film-Kontingentvorlage. In Nord-Irland, Australien und Neuseeland sind in diesen Tagen ähnlich der englischen Bill Gesetzesvorlagen eingebracht worden, die sich mit einem Kontingent des Films befassen. Die Lichtspieltheaterbesitzer sprechen sich durchweg gegen jede Kontingentierung aus. Dem Handelsminister von Belfast (Nord-Irland) wurde nahe gelegt, erst einmal dafür zu sorgen, daß die Luftverkehrssteuer abgehehrt werde, ehe er sich vorzeitig mit Kontingentgesetzen befasse. In England selbst dauert der erbitterte Kampf gegen die Gesetzesvorlage noch an. Plakat-träger haben auf ihren Schildern zu lesen: „Das Kontingent bedeutet für den Engländer Ketten und Fesseln!“ Die einzigen Länder, die dem Druck der englischen Vorlage nicht nachgeben, sind Kanada und Indien.

Ueber die Inspektionsarbeiten bei den polnischen Viehschlachtereien teilt die „Polonia“ mit, daß die Vorbereitungen unter Leitung des amerikanischen Ingenieurs Glad während des Winters zu Ende geführt worden seien. Nach den aufgestellten Berechnungen werde die restliche Durchführung der Reorganisationspläne zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen und etwa 10 Millionen Dollar kosten. Bisherige Arbeit ist mit dem Bau der neuen Deelen und Kaserne in Koszmin begonnen worden. Auf der Diez-Schäcker-Grube wurde eine zweite Versuchseinrichtung nach dem Gelsenkirchener System erbaut. Die Zintproduktion der Viehschlachtereien ist im März dieses Jahres auf 4750 Tonnen gegen 3676 Tonnen im Vergleichsmonat des Vorjahres gestiegen.

Dänemarks Außenhandel im Februar. Wie uns aus Kopenhagen berichtet wird, sind letzten die Außenhandelsziffern Dänemarks für den Monat Februar bekannt gegeben worden. Danach war Dänemarks Außenhandelsbilanz mit 11 712 000 Kronen passiv. Die Einfuhr erreichte 123 331 000 Kronen und die Ausfuhr einschließlich 8 261 000 Kronen für die Wiederausfuhr 111 619 000 Kronen. In den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres bezifferte sich der Einfuhrüberschuß auf 24 262 000 Kronen bei einer Einfuhr von 251 222 000 Kronen und einer Ausfuhr von 227 160 000 Kronen. In der gleichen Zeitspanne des Jahres 1926 stellte sich der Einfuhrüberschuß auf 33 024 000 Kronen bei einer Einfuhr von 277 873 000 Kronen und einer Ausfuhr von 244 949 000 Kronen; gegenüber 1926 hat sich Dänemarks Außenhandel leicht gebessert.

Nur 4 Pfennig kostet MAGGI® Fleischbrüh-Würfel

Achtung auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Einfach in gut $\frac{1}{2}$ Liter kochendem Wasser aufgelöst, gibt der Würfel kräftige Fleischbrühe zum Trinken und Kochen, zum Verbessern, und Verlängern von Suppen und Soßen aller Art.

